

Heimat ist wählbar!

Wahlprogramm der AfD Saarland
zur Landtagswahl 2022

Inhaltverzeichnis

Präambel.....	6
1. Corona.....	8
1.1. Nie mehr Lockdown.....	8
1.2. Die Impfpflicht verhindern.....	8
1.3. Das Gesundheitssystem stärken	9
2. Demokratie und Transparenz.....	9
2.1. Das Volk ist der Souverän.....	9
2.2. Volksentscheide als Korrektiv zur Parteienherrschaft.....	10
2.3. Für wirksame Volksentscheide auf allen Ebenen.....	10
2.4. Direkte Demokratie im Saarland stärken.....	11
2.5. Kommunale Bürgerentscheide erleichtern.....	12
2.6. Lose gebundene Wahllisten auf Landesebene.....	12
2.7. Transparenz und Bürgerbeteiligung schaffen.....	13
3. Ländlicher Raum.....	13
3.1. Ländliche Räume zukunftsfähig machen.....	13
3.2. Infrastruktur verbessern, wohnortnahe Versorgung sichern.....	14
3.3. Kommunale Unterfinanzierung beenden, Dezentralität erhalten.....	15
4. Familie.....	16
4.1. Freiheit, Gerechtigkeit und Schutz für unsere Familien.....	16
4.2. Wirkliche Wahlfreiheit und Gerechtigkeit bei der Kindererziehung schaffen.....	17
4.3. Betreuungsqualität in Kitas erhöhen.....	18
4.4. Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern – mehr gemeinsame Zeit für Familien ermöglichen.....	18
4.5. Familien bei Steuern und Abgaben gerecht entlasten.....	19
4.6. Kinder in allen Lebensphasen schützen.....	19
4.7. Familienfeindlichen Ideologien entgegentreten.....	20
5. Wirtschaft.....	20
5.1. Industriepolitik für den Standort Saarland.....	21

5.2. Unternehmen und Arbeitnehmer in Systemkrisen unterstützen, Lockdown-Folgen bekämpfen.	21
5.3. Unternehmensgründungen und Unternehmensnachfolgen fördern.....	22
5.4. Saarland muss Autoland bleiben.....	23
5.5. Potentiale bei der Erforschung künstlicher Intelligenz nutzen.....	24
5.6. Infrastruktur flächendeckend ausbauen, ländlichen Raum stärken.....	24
5.7. Mittelstandsförderung ist uns ein Herzensanliegen.....	25
5.8. Bürokratie abbauen, Unternehmen und Verbraucher entlasten.....	26
5.9. Fachkräftemangel bekämpfen, berufliche Bildung und Weiterbildung stärken.....	26
5.10. Negativzins bekämpfen, Kreditwirtschaft und Sparer schützen.....	27
6. Bildung und Hochschulpolitik.....	27
6.1. Niveauverlust stoppen, Saarland für die Zukunft rüsten.....	27
6.2. Wiederherstellung einer leistungsstarken Realschule.....	28
6.3. Besuch des Regelunterrichts nur mit ausreichenden Deutschkenntnissen.....	29
6.4. Inklusion mit Augenmaß.....	29
6.5. Kostenfreie Meisterausbildung und Aufstiegsfortbildung.....	30
6.6. Leistungsstarke Hochschulen statt verschulter Massenunis.....	31
6.7. Breite Öffnung der Hochschulen ist ein Irrweg.....	32
6.8. Mehr Freiheit statt Ideologisierung akademischer Diskurse.....	32
7. Gesundheit und Pflege.....	32
7.1. Ärztemangel entgegenwirken, Krankenhäuser auskömmlich finanzieren.....	33
7.2. Ambulante und stationäre Versorgung sichern, Wartezeiten verringern, Versorgung verbessern	33
7.3. Geburtshilfe stärken.....	35
7.4. Flächendeckende Arzneimittelversorgung gewährleisten.....	35
7.5. Pflegekräfte-Nachwuchs sicherstellen.....	36
7.6. Pflegenden Angehörige stärker unterstützen.....	36
7.7. Rahmenbedingungen in der Pflege verbessern.....	37
8. Asyl und Migration.....	37
8.1. Verfolgte schützen, Betrüger und Kriminelle abschieben, Rückkehrperspektiven schaffen.....	38
8.2. Armutszuwanderung in unsere Sozialsysteme stoppen – Fehlanreize minimieren.....	38
8.3. Kosten für Steuerzahler transparent machen.....	39
8.4. Mut zu deutscher Identität: Integration verbindlich einfordern.....	39
8.5. Abwanderung deutscher Fachkräfte reduzieren – qualifizierte Zuwanderung aufwerten.....	40
9. Inneres.....	41

9.1.Für anlassbezogene Grenzkontrollen und die Einführung einer eigenen Grenzpolizei.....	41
9.2.Polizei personell, materiell und ideell stärken.....	41
9.3.Feuerwehren: schnellere Beförderungsmöglichkeiten und Rentenpunkte für ehrenamtliche Dienste	42
9.4.Kommunale Ordnungsdienste aufwerten.....	43
9.5.Schweren Dienst der Justizvollzugsbeamten anerkennen.....	44
9.6.Linksextremismus unabhängig bekämpfen.....	44
9.7.Polizeiliche Kriminalstatistik ungeschminkt ausgestalten.....	45
9.8.Bessere Rahmenbedingungen für Einsätze im Katastrophenschutz.....	46
9.9.Lückenloses Bädernetz muss Schwimmfähigkeit unserer Kinder ermöglichen.....	46
9.10.Jugendoffiziere sind wichtig für die politische Bildung.....	47
10.Umwelt und Natur	48
10.1.Klimawandel und Klimaschutz.....	48
10.2.Kulturlandschaft Wald nutzbringend bewirtschaften.....	49
10.3.Für einen Wald mit Wild und unser traditionelles Jagdrecht.....	50
10.4.Biologische Vielfalt stärken, Vögel und Insekten schützen, invasive Arten begrenzen.....	51
10.5.Realistische Grenzwerte und Messverfahren bei Emissionen und Immissionen.....	52
10.6.Abfallwirtschaft kommunalverträglich und bürgerfreundlich gestalten.....	53
10.7.Kunststoffherstellung sinnvoll regulieren.....	54
10.8.Wasserwirtschaft muss in öffentlicher Trägerschaft bleiben.....	55
11.Kultur.....	56
11.1.Deutsche Leitkultur und Heimatbewusstsein.....	56
11.2.Hoch- und Breitenkultur in Stadt und Land unterstützen – Vereinen Zukunft geben.....	57
11.3.Deutsche Sprache stärken, Lesekultur fördern.....	57
11.4.Für eine selbstbewusste ganzheitliche Erinnerungskultur.....	59
11.5.Musik, Theater, Film.....	60
12.Landwirtschaft	60
12.1 Strukturwandel heimatbewusst gestalten.....	60
12.2 Bäuerlichen Familienbetrieben Zukunft geben.....	61
12.3 Natur- und Tierschutz kann nur mit den Landwirten gelingen.....	62
13.Digitalisierung und Mobilfunk.....	63
13.1 Digitalisierung muss uns Menschen dienen.....	63
13.2 Mobilfunknetz: Saarland aus dem Funkloch holen.....	64

14. Energie.....	65
14.1 Für eine realistische und verantwortungsvolle Energiepolitik.....	66
14.2 Strompreise senken und Windkraftausbau stoppen.....	67
14.3 Infraschallgefahren und Mindestabstand von Windkraftanlagen.....	69
14.4 Bundesweite Abschaffung des EEG in die Wege leiten.....	70
14.5 Mehr Ehrlichkeit bei der CO2-Debatte.....	70
14.6 Technologieoffene Entwicklung aller Antriebstechnologien.....	71
14.7 Verbrauchsreduktion und Energieeffizienz ganzheitlich betrachten.....	72
14.8 Energieverbrauch in Gebäuden: Verhältnismäßigkeit wahren.....	72
15. Tourismus und Gastronomie.....	73
15.1 Tourismus ist wichtig für das Saarland.....	73
15.2 Für ein Reiseland mit jungem Image.....	73
15.3 Natur und Kultur schützen – „Verspargelung“ ganzer Landschaften stoppen.....	74
15.4 Kleinräumigkeit als Chance sehen.....	74
15.5 Infrastruktur verbessern, Bürokratie abbauen.....	75
15.6 Gastronomie unterstützen, Kneipensterben verhindern.....	76
15.7 Heilbäder und Kurorte zukunftsfähig machen.....	77
16. Verkehr.....	77
16.1 Für eine leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur.....	77
16.2 Lücken und Engpässe beseitigen.....	78
16.3 Zustand der Straßen verbessern.....	79
16.4 Effektiven ÖPNV und Fernverkehr gewährleisten.....	80
16.5 Güterverkehr auf Schiene und Wasserstraßen lenken.....	80
16.6 Individualverkehr garantieren, Dieselfahrverbote verhindern.....	81
16.7 Verbrennungsmotor weiter entwickeln.....	82
16.8 Straßenausbaubeiträge abschaffen.....	82
17. Frauenpolitik und Genderideologie.....	82
17.1 Gleichberechtigung statt Gleichmacherei.....	83
17.2 Respekt und Anerkennung für Frauen und Mütter.....	83
17.3 Frauenquoten bringen neue Diskriminierungen.....	84
17.4 Staat muss Sicherheit gewährleisten.....	84
17.5 Gegen totalitäre Geschlechterpolitik.....	85
18. Sozialpolitik.....	85

18.1 Unsere Soziale Marktwirtschaft ist ein Erfolgsmodell.....	85
18.2 Recht auf Eigentum bewahren.....	86
18.3 Steuerlasten verringern und gerechter gestalten.....	87
18.4 Den Sozialstaat als nationale Gemeinschaft zukunftsfähig machen.....	87
18.5 Für Chancengleichheit, Subsidiarität und das Konnexitätsprinzip.....	88
18.6 Sozialversicherungen erhalten und weiterentwickeln – Rente sichern.....	89
18.7 Wertschöpfungsabgabe und Digitalsteuer einführen.....	90
18.9 Sozialen Wohnungsbau und Wohneigentum fördern.....	91
18.10 Inklusive Sozialräume schaffen, Barrieren abbauen.....	93
19. Haushalt und Finanzen.....	94
19.1 Politik für langfristig ausgeglichene Haushalte.....	94
19.2 Keine Erhöhung von Steuern und Abgaben – Grunderwerbsteuer senken.....	95
19.3 Kommunen finanziell besser stellen.....	96
19.4 Grundsteuer: Flächenmodell einführen.....	97
19.5 Investitionen des Landes erhöhen.....	97
19.6 Bargeld bewahren.....	98

Präambel

Heimat ist wählbar!

Das Saarland ist reich an Zeugnissen einer großen und bewegten Vergangenheit. Im Saarland finden sich aber auch modernste Forschung und Innovation, Unternehmergeist und unternehmerischer Erfolg.

Ideen, Patente und Spitzenprodukte haben das Saarland zu einem konkurrenzfähigen Standort mit großer Wirtschaftskraft gemacht. Nur mit einer exzellenten Bildung und einer leistungsorientierten Wirtschafts- und Industriepolitik, die Digitalisierung als Chance begreift und technologische Souveränität stärkt, ist unser Wohlstand zu erhalten.

Die Verbindung von Tradition und Fortschritt sehen wir als zwei Seiten einer Medaille: Denn Freiheit, Identität und Heimatliebe bilden die Grundlage für neue Ideen und Zukunftsvisionen und motivieren zu Unternehmergeist und Fleiß als wichtigen Voraussetzungen für ein erfolgreiches Gemeinwesen.

Gerade in einer Zeit der Globalisierung und Digitalisierung, in der sich alles immer schneller zu drehen scheint, erkennen die Menschen den Wert ihrer Heimat und Identität. Wir wollen als AfD unsere gewachsenen Traditionen und unsere Kultur erhalten und nicht in einer multikulturellen Gesellschaft auflösen. Wir sind offen für die Welt und möchten gleichzeitig Deutsche sein und bleiben.

Wir möchten leben aus dem, was immer gültig ist: Nicht Ideologie, Zeitgeist oder Lobbyinteressen, sondern das Wohl des eigenen Volkes und der eigenen Bürger muss Grundlage und Maßstab der Politik sein. Das Eintreten für das Eigene schließt dabei die solidarische Mitsorge für andere Menschen und Nationen ein.

Schon Goethe wusste: Wer Wurzeln hat, dem können Flügel wachsen. Und beflügeln wollen wir unser Land. Denn das Saarland hat noch viel Potential – ein Potential, das leider seit Jahrzehnten nicht voll ausgeschöpft und entwickelt wird.

Wir möchten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stärken. Die AfD sieht sich als Erbin des Hambacher Fests von 1832 und der bürgerlichen Revolution von 1848 und steht für den Erhalt der staatlichen Souveränität Deutschlands und des deutschen Volkes als dessen Träger. Sie steht für die Förderung der Demokratie und insbesondere der direkten Demokratie, die Bewahrung der Meinungsfreiheit und die Verbindlichkeit des geltenden Rechts. All diese wertvollen Prinzipien unserer Bürgergesellschaft sind durch Politikversagen und die zunehmende Behinderung offener Diskussionsprozesse in ihrer Existenz bedroht. Angesichts dessen sollte jeder echte Demokrat die Stimme erheben. Eine Alternative für Deutschland wird auch im Saarland dringender gebraucht denn je. Im Mittelpunkt der patriotischen Politik der AfD steht das Wohl der Bürger unseres Landes. Gemeinsam mit ihnen wollen wir Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verteidigen und so unserer Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen gerecht werden.

Heimat ist wählbar!

1. Corona

1.1. *Nie mehr Lockdown*

Seit mittlerweile fast zwei Jahren leben wir im Saarland nun schon unter starken Einschränkungen unseres öffentlichen wie privaten Lebens. Viele Menschen haben dabei ihre Existenz verloren.

Schülern wird grundlegende Bildung nicht mehr vermittelt. Junge Menschen verzweifeln darüber, dass ihnen der Staat wichtige Jahre ihres Lebens nimmt.

Und trotz all den Einschränkungen ist das Virus nicht verschwunden. Wir müssen endlich lernen mit dem Virus zu leben. Es darf keinen weiteren Lockdown geben. Und keine Diskriminierung von Ungeimpften.

1.2. *Die Impfpflicht verhindern*

Corona ist eine ernste Erkrankung, aber beileibe nicht für die Mehrheit der Menschen. Für gesunde Kinder und Jugendliche stellt Corona keine besondere Gefahr dar. Darüberhinaus schützen die auf dem Markt befindlichen mRNA- und Vektor-Impfstoffe nicht ausreichend. Auch Geimpfte tragen das Virus weiter. Bewährte Tot- und Protein-Impfstoffe sind noch nicht verabreichbar.

Eine Impfpflicht, wie sie die Landesregierung jetzt forciert, ist daher völlig unverhältnismäßig. Im Grunde ist die Corona-Impfung mit der Gripeschutz-Impfung vergleichbar, die jeder freiwillig machen kann. Die Konsequenz einer Impf-Pflicht hingegen wäre: ein lebenslanges Impf-Abo. Das müssen wir verhindern. Denn auch „aufgefrischte“ Geimpfte werden wohl niemals vollständig geimpft

sein können.

1.3. Das Gesundheitssystem stärken

Während der Corona-Pandemie wurde ein Drittel der saarländischen Intensivbetten abgebaut. Die Politik hat unser Gesundheitssystem nicht krisenfest gemacht. Im Gegenteil, sie hat zugelassen, dass die Kapazitäten noch einmal reduziert wurden. Das ist umso schlimmer, als dass die Beschränkungen unserer Freiheit mit „Kapazitätsengpässen“ begründet werden. Die Regierung hat unabhängig von der jetzigen Krise dafür zu sorgen, dass ausreichend Intensivbetten und vor allem Personal zur Verfügung stehen. Und dass alle Betroffenen mit Medizin und Schutzausrüstungen versorgt werden können.

2. Demokratie und Transparenz

2.1. Das Volk ist der Souverän

Träger der Staatsgewalt ist das Volk – so heißt es in Artikel 61 der Landesverfassung des Saarlandes. Artikel 98 dieser Verfassung nennt die Gesetzgebung durch das Volk im Wege des Volksbegehrens als gleichberechtigt mit der Gesetzgebung durch den Landtag. Leider sind die Hürden für direkte Demokratie im Saarland so hoch, dass sie faktisch verhindert wird. Aus der angestrebten Volksherrschaft ist auch deshalb in vieler Hinsicht eine Parteienherrschaft geworden.

Durch die Stärkung direktdemokratischer Elemente zur Ergänzung

der repräsentativen Demokratie wollen wir den Bürgern wieder mehr Macht geben, über ihre Belange unmittelbar selbst zu entscheiden.

2.2. Volksentscheide als Korrektiv zur Parteienherrschaft

Volksentscheide sind ein dringend erforderliches Korrektiv der repräsentativen Demokratie. Parteien verbinden in ihren Programmen Positionen zu unterschiedlichsten Themen, und der Wähler muss nach der größten Schnittmenge mit seinen eigenen Überzeugungen suchen. Nicht selten sind bestimmte Standpunkte überhaupt nicht vertreten. Demgegenüber veranlassen Volksentscheide politische Vertreter zu mehr Information, Transparenz und Bürgerbeteiligung im Vorfeld wichtiger Entscheidungen. Die Möglichkeit zur direkten Einflussnahme auf politische Entscheidungen ist außerdem die beste Maßnahme gegen Politikverdrossenheit und steigert die Identifikation der Bürger mit der Demokratie und ihrem Gemeinwesen.

2.3. Für wirksame Volksentscheide auf allen Ebenen

Die AfD fordert wirksame Volksentscheide und eine Stärkung direktdemokratischer Verfahren auf allen politischen Ebenen. Direkte Demokratie darf nicht durch überhöhte Verfahrensanforderungen zum Beispiel bezüglich Unterstützungsunterschriften, Fristen und Quoren oder die Einschränkung der für direktdemokratische Verfahren

zugelassenen Fragen ausgebremst werden. Volksentscheide müssen zu allen Fragen möglich sein, die der Entscheidungsbefugnis der parlamentarischen Gremien unterliegen. Bei entsprechenden technischen Voraussetzungen ist die Etablierung elektronischer Wahlverfahren anzustreben.

2.4. Direkte Demokratie im Saarland stärken

Die Hürden für Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide sind im Saarland so hoch, dass direkte Demokratie faktisch verhindert wird. So müssen für ein initiiertes Volksbegehren 5.000 Unterschriften und für ein fakultatives Volksbegehren mit 7% der Stimmberechtigten über 50.000 Unterschriften in drei Monaten auf dem Wege der amtlichen Eintragung gesammelt werden. Die Anzahl der Unterschriften ist stattdessen für alle Verfahren auf jeweils ein Drittel zu verringern, während die Eintragungsfristen bei Volksbegehren auf sechs Monate bzw. ein Jahr zu verlängern sind. Aktuell sind außerdem keine Volksbegehren zu Finanzfragen möglich, was bei einer weiten Auslegung des Begriffs eine wesentliche Einschränkung der direkten Demokratie bedeutet. Wir möchten, dass Volksbegehren künftig auch zu Finanzfragen erlaubt sind und lediglich das Haushaltsgesetz zur Wahrung der Budgethoheit des Landtags ausgenommen bleibt. Das Quorum für Volksentscheide, das derzeit 25 Prozent aller Wahlberechtigten für die angestrebte Lösung beträgt, sollte analog zu Wahlen – wie in der Schweiz – vollständig entfallen und bei

Verfassungsänderungen bei einer Zwei-Drittel-Mehrheit liegen. Wie in der Schweiz müssen die Wahlberechtigten vor einer Volksentscheid ausführlich über dessen Ziele und Auswirkungen aufgeklärt werden. Dazu sollte eine Informationsbroschüre mit einer Pro-Contra-Darstellung an alle Wahlberechtigten gehen. Zusätzlich sollte analog zur Wahlwerbung vor einer Landtagswahl im Fernsehen mit Videospots informiert werden.

2.5. Kommunale Bürgerentscheide erleichtern

Direkte Demokratie muss auch auf der kommunalen Ebene gestärkt werden.

Das Quorum für den Bürgerentscheid, das derzeit bei 30 Prozent aller Wahlberechtigten für die angestrebte Lösung liegt, sollte zukünftig wie bei Wahlen nach dem Vorbild der Schweiz vollständig entfallen. Auch auf der kommunalen Ebene sollten keine inhaltlichen Einschränkungen für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gelten, soweit dem keine gesetzlichen oder verfassungsrechtlichen Regelungen entgegenstehen und die Fragen der Entscheidungsbefugnis der Kommunalparlamente unterliegen. Insbesondere möchten wir auch die Bauleitplanung direktdemokratischen Entscheidungen zugänglich machen. Vor Bürgerentscheiden sollten die Bürger mit Hilfe von Informationsbroschüren mit Pro-Contra-Darstellung informiert werden.

2.6. Lose gebundene Wahllisten auf Landesebene

Die starren Wahllisten bei Landtagswahlen lassen dem Wähler keine Möglichkeit, mit seiner Stimme Einfluss auf die Zusammensetzung der Liste der Partei zu nehmen, die er wählt. Damit ist das Saarland (wie Deutschland insgesamt) international gesehen in der Minderheit und selbst hierzulande ermöglichen Bundesländer wie Bayern, Bremen und Hamburg ihren Bürgern die Mitbestimmung über die personelle Zusammensetzung der Parlamentsfraktionen. Die AfD möchte die demokratischen Mitbestimmungsrechte der Bürger auch gegenüber den Parteien stärken und daher offene gebundene Wahllisten auf Landesebene einführen, bei denen Wähler durch die Vergabe von Präferenzstimmen innerhalb der gewählten Liste Einfluss auf die Reihung der Kandidaten nehmen können.

2.7. Transparenz und Bürgerbeteiligung schaffen

Die AfD wird sich über formale Verfahren hinaus für mehr Transparenz der politischen Prozesse und Themen, bessere Information der Bürgerschaft und intensive Diskussion mit den Bürgern schon im Vorfeld von Entscheidungen einsetzen. Dabei sollten insbesondere interaktive Verfahren und die neuen digitalen Medien genutzt werden.

3. Ländlicher Raum

3.1. Ländliche Räume zukunftsfähig machen

Das Saarland ist in besonderem Maße ländlich geprägt. Auf vergleichsweise kleiner Fläche besteht es aus einer Reihe naturräumlich wie kulturell jeweils durchaus unterschiedlicher Regionen. Nicht Metropolen und große städtische Ballungsräume sind entscheidend für die Landesidentität des Saarlandes, sondern vor allem diese kleinteilige Vielfalt.

In Zeiten eines starken Rückgangs der deutschen Bevölkerung und angesichts massiver Zentralisierungs- und Verstädterungstendenzen sind unsere ländlichen Gebiete zusehends gefährdet. Das Saarland wird nach allen Prognosen vom Rückgang der Bevölkerung besonders stark betroffen sein. Noch in den 90er Jahren hatte das Saarland annähernd 1,1 Millionen Einwohner. Heute, im Jahr 2022 sind es ca. 984.000 Einwohner. Bis 2060 könnte die Zahl auf 700.000 Einwohner sinken.

Auf den Dörfern fehlt es schon jetzt an fast allem: kein Geschäft, kein Wirtshaus, kein Arzt, keine Bankfiliale. In den Wohnhäusern wohnen oftmals nur noch einzelne Personen, andere Häuser stehen zum Verkauf. Arbeitsplätze gehen verloren oder werden an andere Orte verlagert, junge Familien lassen sich in städtischen Räumen nieder und die traditionsbildende Landwirtschaft kämpft vielerorts um ihre Existenz. Die Lebensbedingungen in den Städten und der Landeshauptstadt einerseits und dem ländlichen Bereich driften immer mehr auseinander.

Die AfD Saarland versteht sich vor diesem Hintergrund als Fürsprecherin gerade der ländlichen Räume und ihrer Bewohner. Ihnen wollen wir mit einem Bündel an Maßnahmen Zukunft geben

und damit den besonderen Charakter unseres Landes und der engeren Heimat zum Wohle aller erhalten.

3.2. Infrastruktur verbessern, wohnortnahe Versorgung sichern

Programmatische Ansätze hierfür finden sich in etlichen Kapiteln dieses Landeswahlprogramms. Besondere Bedeutung haben dabei der Erhalt bzw. die Verbesserung der Infrastruktur einschließlich der Digitalisierung. Nur so kann für möglichst viele Bürger in der Fläche die Möglichkeit gewährleistet werden, durch Pendeln zum weiter entfernten Arbeitsplatz oder im Zuge moderner digitalisierungsgetriebener dezentraler Strukturveränderungen („Homeoffice“, Tele- und Teilzeitarbeit) den eigenen Lebensunterhalt dauerhaft in heimischen Gefilden zu finden.

Die Qualität und Perspektive dieses Zuhauses ist darüber hinaus eng verknüpft mit einer guten, möglichst wohnortnahen Versorgung durch Ärzte, Apotheken und Krankenhäuser. Kitas, Schulen und vielfältige Bildungsangebote für die Jugend sind ebenso unverzichtbar wie der Erhalt von Einkaufsmöglichkeiten und Gaststätten. Von strategischer Bedeutung ist auch die Zukunftssicherung des traditionell auf dem Land sehr reichhaltigen Vereinswesens sowie die Bereitstellung preiswerter und attraktiver Bau- und Wohnmöglichkeiten, wobei den gewachsenen Ortskernen und dem Erhalt wertvoller Bausubstanz aus Sicht der AfD ein großer Stellenwert einzuräumen ist.

3.3. Kommunale Unterfinanzierung beenden, Dezentralität erhalten

Nicht zuletzt fordert die AfD eine weitaus bessere Mittelausstattung für unsere in Teilen stark unterfinanzierten Kommunen, um insbesondere die ländlichen Räume lebenswert zu erhalten. Zugleich sind ganz allgemein Entscheidungsbefugnisse und der Landesentwicklungsplan (LEP) so zu gestalten, dass der dezentrale Charakter des Landes wieder gestärkt und die ländlichen Gebiete nicht mehr zusehends abgehängt werden. Das setzt eine transparente Gestaltung des LEPs voraus, der die Handlungsspielräume der Ortsgemeinden zu erweitern hat und als Dienstleister fungierende Mittelbehörden (Struktur- und Genehmigungsdirektionen, Landesämter) im Interesse der Kommunen wie der Bürger sichtbarer machen sollte. Eine große Chance sehen wir außerdem in der Förderung des Tourismus gerade auf dem Lande.

4. Familie

4.1. Freiheit, Gerechtigkeit und Schutz für unsere Familien

Gute Familienpolitik schafft Rahmenbedingungen, innerhalb derer sich Familien selbstbestimmt entfalten können. Denn sie wissen selbst am besten, was richtig und förderlich für sie ist. In der heutigen Lebenswirklichkeit werden Familien allerdings durch ökonomische Zwänge und ideologische Bevormundung zunehmend in ihrer Freiheit eingeschränkt.

So finden die herausragenden und unverzichtbaren Leistungen, die Familien für unsere Gesellschaft erbringen, viel zu wenig Anerkennung. Kinder groß zu ziehen, ist nicht nur mit vielfältigen

Belastungen im Alltag, sondern auch mit spürbaren finanziellen Einbußen verbunden. Nicht selten führt Kinderreichtum zu Familien- und später zu Altersarmut. Dies ist ein wesentlicher Grund dafür, dass die Geburtenzahlen in Deutschland seit langem rückläufig und nicht mehr ausreichend sind.

Dem wollen wir mit einer wertschätzenden Familienpolitik begegnen, die für mehr Gerechtigkeit sorgt und junge Paare ermutigt, Kinder zu bekommen. Gleichzeitig lassen sich damit auch die wachsenden demographischen Probleme und ihre Folgen bekämpfen.

Die Corona-Krise hat uns allen noch einmal deutlich gemacht: Familien sind systemrelevant. Diese grundlegende Erkenntnis muss endlich eine angemessene Berücksichtigung in der Politik finden. Nur wenn wir Eigenverantwortung und Selbstbestimmung unserer Familien stärken und sie wieder zur „Keimzelle des Staates“ machen, hat unser Land eine Zukunft.

4.2. Wirkliche Wahlfreiheit und Gerechtigkeit bei der Kindererziehung schaffen

Es gibt keine größere Lohnlücke („Pay-Gap“) als zwischen bezahlten Erzieherinnen in der Kita und Müttern und Vätern. Während jeder Kita-Platz durchschnittlich mit etwa 1000 Euro pro Monat subventioniert wird, erhalten Eltern, die die gleiche Arbeit zu Hause leisten, nichts. Dies ist nicht nur in hohem Maße ungerecht, sondern führt auch dazu, dass sich Familien gezwungen gesehen, aus wirtschaftlichen Gründen ihre Kinder schon bald nach der Geburt in eine Kita zu geben. Mütter und Väter müssen auch dann einer Erwerbsarbeit nachgehen, wenn sie eigentlich für einige Zeit bei ihrem Kind bleiben möchten. Von echter Wahlfreiheit für Eltern

kann daher nicht die Rede sein.

Um dies zu ändern, wollen wir ein Landeserziehungsgeld einführen. Für jedes Kind, das im zweiten und dritten Lebensjahr zu Hause betreut wird, erhalten Eltern monatlich 500 Euro. Damit wollen wir Vätern und Müttern die Möglichkeit geben, die Erziehungsarbeit in dieser entscheidenden Lebensphase ihres Kindes selbst zu übernehmen. Gleichzeitig muss ein ausreichendes und qualitativ hochwertiges Angebot an Kita-Plätzen für die Familien zur Verfügung stehen, die davon keinen Gebrauch machen wollen.

4.3. Betreuungsqualität in Kitas erhöhen

Die Fachkraft-Kind-Relation bleibt auch in den saarländischen Kitas deutlich hinter wissenschaftlichen Anforderungen zurück. Um die gesunde Entwicklung von Kindern sicher zu stellen, halten Ärzte und Psychologen im Krippenalter einen Betreuungsschlüssel von 1:2,5 und bei über Dreijährigen von 1:7,5 für dringend geboten.

Berücksichtigt man die Tatsache, dass etwa 40 Prozent der Arbeitszeit des Kita-Personals nicht im unmittelbaren Kontakt mit den Kindern geschieht, dann sind wir von diesem Mindeststandard im Saarland weit entfernt.

Wir fordern daher eine deutliche Personalaufstockung bei der öffentlichen Kindertagesbetreuung. Dadurch sollen Erzieherinnen und Erzieher entlastet werden und unsere Kinder die notwendige Zuwendung erfahren. Insbesondere bei den unter Dreijährigen muss die sichere Bindung im Vordergrund stehen, die nur durch intensiven Kontakt zu wenigen festen Bezugspersonen gelingen kann. Denn fehlende oder mangelhafte Bindungserfahrungen wirken sich bis ins Erwachsenenalter hinein negativ aus.

4.4. Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern – mehr gemeinsame Zeit für Familien ermöglichen

Das Leben von Familien ist heute in erheblichem Maße ökonomischen Zwängen unterworfen. Es wird als nahezu selbstverständlich angesehen, dass sie sich den Rahmenbedingungen der Wirtschaft unterwerfen. Leidtragende dieser Situation sind in erster Linie Frauen und Kinder. Um dies zu ändern, benötigen wir mehr Flexibilität und Familienfreundlichkeit in der Arbeitswelt. Dazu gehören beispielsweise der Ausbau von „Home-Office“-Angeboten wie Telearbeit, mehr familienbegleitende Fortbildungsangebote, eine stärkere Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs nach der Familienphase, vor allem für Mütter, und nicht zuletzt flexible Lebensarbeitszeitmodelle.

Mit solchen Maßnahmen könnte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert und gleichzeitig mehr Familienzeit ermöglicht werden. Daneben muss - gerade auch im ländlichen Raum - eine familienfreundliche Infrastruktur beispielsweise mit Kitas und Schulen gegeben sein und erhalten bleiben.

4.5. Familien bei Steuern und Abgaben gerecht entlasten

Familien mit Kindern sind steuerlich gegenüber kinderlosen Paaren oder Alleinstehenden massiv benachteiligt. Auch bei der Rente erfährt elterliche Erziehungsarbeit keine ausreichende Berücksichtigung, obwohl sie die Basis unserer Altersversorgung ist. Hier findet eine riesige Umverteilung zu Lasten der Familien statt, die die Kinder- und Jugendkosten alleine tragen, während die Rente von allen Erwerbstätigen in Anspruch genommen wird.

Durch die Einführung eines Familiensplittings auf Bundesebene

wollen wir die steuerliche Benachteiligung von Familien beseitigen. Zudem fordern wir mit Hilfe von Freibeträgen die Berücksichtigung von Kindern bei den Sozialversicherungsabgaben, eine stärkere Anerkennung von Erziehungszeiten bei der Rente sowie einen Kinder-Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer. Eltern schulpflichtiger Kinder sollen darüber hinaus durch die Ausweitung der kostenlosen Schülerbeförderung auf die Oberstufe finanziell entlastet werden.

4.6. Kinder in allen Lebensphasen schützen

Gemäß Grundgesetz-Artikel 2 muss das menschliche Leben in allen seinen Phasen von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod umfassend geschützt werden. Wir fordern daher einen besseren Schutz von Kindern vor Missbrauch jeglicher Art – sei es in Form der Pädokriminalität, der Kinderehe, aber auch der vorgeburtlichen Tötung durch Abtreibung. Um dies zu erreichen, brauchen wir neben gesetzlichen Regelungen mehr Bewusstseinsbildung für den Lebensschutz in Schulen und staatlichen Bildungseinrichtungen. Frauen im Schwangerschaftskonflikt wollen wir durch Beratung und Hilfsangebote zu einem Leben mit ihrem Kind ermutigen. Die steuerliche Förderung von Abtreibungskliniken wie etwa des „Medizinischen Zentrums“ der Pro Familia in Saarbrücken ist dagegen ersatzlos zu streichen.

4.7. Familienfeindlichen Ideologien entgegentreten

Die Erziehung von Kindern und die Wahrnehmung ihrer Rechte muss Sache der Eltern bleiben und darf nicht immer mehr durch den Staat übernommen werden. Allen Bestrebungen, das

Erziehungsrecht von Müttern und Vätern – etwa durch die Aufnahme von „Kinderrechten“ ins Grundgesetz – zu schwächen, treten wir daher entschieden entgegen.

Die von der Gender-Ideologie betriebene Auflösung der natürlichen Geschlechter und die bewusste Dekonstruktion der traditionellen Familie lehnen wir ab. Nicht von ungefähr hat gemäß Artikel 7 der UN-Kinderrechtskonvention jedes Kind grundsätzlich das Recht, bei seinen leiblichen Eltern aufzuwachsen und von diesen erzogen zu werden.

5. Wirtschaft

5.1. Industriepolitik für den Standort Saarland

Innovation und Wertschöpfung unserer Unternehmen sind die Grundlagen von Wohlstand und Beschäftigung im Saarland. Die AfD bekennt sich zur Sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards und möchte durch eine unternehmerfreundliche Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik die Gründung und den geschäftlichen Erfolg insbesondere mittelständischer Firmen unterstützen. Wir streben ein modernes Deutschland in Stadt und Land an, in dem Vollbeschäftigung als die beste Sozialpolitik wirkt.

Alle voran müssen Unternehmer wie Verbraucher von Bürokratie und Abgaben entlastet werden. Außerdem möchte die AfD die duale Ausbildung stärken und durch eine aktivierende Familienpolitik langfristig zur Behebung des Fachkräftemangels beitragen. Auf diesem Weg sollen Arbeitsplätze, Einkommen und steuerliche Einnahmen generiert werden.

Soziale Marktwirtschaft und staatliche Industriepolitik schließen sich im Einzelfall nicht aus: Die Gründung, der Aufbau und die Ansiedlung von Unternehmen und insbesondere von Branchen mit

zukunftsweisenden und innovativen Technologien sind zu fördern. In systemischen Krisen wie der Herausforderung durch Corona müssen Unternehmen auch direkt unterstützt werden.

5.2. Unternehmen und Arbeitnehmer in Systemkrisen unterstützen, Lockdown-Folgen bekämpfen

Der zum Schutz vor der Corona-Pandemie verhängte „Lockdown“ wäre bei besserer Vorbereitung in dieser Härte vermeidbar gewesen und hätte in jedem Fall deutlich früher beendet werden müssen. Die zwangsweise Stilllegung unserer Wirtschaft hat verheerende Auswirkungen mit sich gebracht: Millionenfache Kurzarbeit, eine steigende und sich verfestigende Arbeitslosigkeit, ein massiver Einbruch der Volkswirtschaft und der Steuereinnahmen, der Niedergang des Einzelhandels sowie eine sich beschleunigende Verödung mancher Innenstädte. Unsere Unternehmen benötigen zielgenaue Unterstützung, um diese von ihnen unverschuldete Krise zu bewältigen.

Die AfD forderte von Anfang an eine bessere Vorbereitung auf Katastrophenfälle und eine verantwortungsvolle Reaktion auf Corona, dann eine frühzeitige Aufhebung des Shutdowns sowie eine angemessene Entschädigung für jene Unternehmen, deren Geschäftstätigkeit dadurch massiv beeinträchtigt oder gar unterbunden wurde. Diese Ersatzzahlungen sollten im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten in Form nicht rückzahlbarer Hilfsprogramme erfolgen, deren Höhe sich am entgangenen bereinigten Umsatz orientiert.

5.3. Unternehmensgründungen und Unternehmensnachfolgen fördern

Die AfD will die Eigeninitiative unterstützen und stärken. Darum legen wir ein besonderes Gewicht auf die unbürokratische Förderung von Unternehmensgründungen und gelingende Unternehmensnachfolgen.

Die Gründung, den Aufbau und die Ansiedlung von Unternehmen, insbesondere von Branchen mit zukunftsweisenden innovativen Technologien, sollte das Saarland als Risikokapitalgeber und Vermittler begleiten und unter definierten Voraussetzungen über eine begrenzte Zeit mit dem Ziel des Markterfolges auch finanziell unterstützen. Wir wollen hierzulande ein Klima der Innovation schaffen, Kapitalgeber und Gründer zusammenbringen und die öffentliche Hand bei Bedarf im Zuge einer Co-Finanzierung beteiligen.

Das Saarland soll idealerweise das führende Bundesland für Unternehmensgründer und damit „Start-Up-Land“ Nr. 1 werden.

5.4. Saarland muss Autoland bleiben

Keine andere Branche prägt unser Land so wie die Automobilindustrie: Sie ist ein zentraler Faktor unserer regionalen Wirtschaftskraft und von struktureller Bedeutung sowohl als Arbeitgeber als auch als Auftraggeber für nachgelagerte Branchen. Rund 44.000 Menschen sind direkt und indirekt im saarländischen Fahrzeugbau beschäftigt. Rechnet man die Lieferanten der Branche hinzu, erwirtschaften rund 260 Unternehmen eine Wertschöpfung in der Automobilindustrie mit Umsätzen von etwa 17 Mrd. Euro pro Jahr. Über die Hälfte des Umsatzes wird dabei mit dem Ausland

erzielt.

Wir wenden uns gegen völlig überzogene ideologische Vorgaben, die hunderttausende Arbeitsplätze gefährden. Die AfD fordert ein Bekenntnis zur individuellen Mobilität, zum Automobilstandort Deutschland und gegen Fahrverbote für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren. Wir stehen für eine technologieoffene Förderung der Weiterentwicklung aller Antriebstechnologien einschließlich des Verbrennungsmotors und der Dieseltechnologie. Eine große Chance besteht darin, das autonome Fahren weiterzuentwickeln, denn in diesem Zusammenhang halten deutsche Unternehmen weltweit knapp 60 Prozent der relevanten Patente.

5.5. Potentiale bei der Erforschung künstlicher Intelligenz nutzen

Investitionen in eine leistungsfähige Forschungslandschaft mit innovativen Hochschulen und Instituten und die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft sollen die Wettbewerbsfähigkeit steigern und Ansiedlung und Neugründung von zukunftsfähigen Unternehmen fördern.

Für viele Branchen ist „Künstliche Intelligenz“ (KI) eine Schlüsseltechnologie. Die deutsche Wirtschaft darf hier nicht den Anschluss verlieren. Gerade das Saarland hat dafür besonders gute Voraussetzungen: In Saarbrücken ist das international hoch renommierte Deutsche Forschungsinstitut für Künstliche Intelligenz (DFKI) angesiedelt, dessen Kompetenz der Wirtschaft zum beiderseitigen Gewinn umfassend bekannt gemacht werden muss.

5.6. Infrastruktur flächendeckend ausbauen, ländlichen Raum stärken

Eine leistungsfähige Verkehrs- und Dateninfrastruktur sowie eine erschwingliche und zuverlässige Energieversorgung sind Voraussetzungen für die Gründung, Ansiedlung und die Arbeit von Unternehmen und Forschungseinrichtungen und damit wichtige Faktoren für den Wirtschaftsstandort Saarland. Das Saarland läuft auch hier dem Bundesdurchschnitt hinterher.

Die AfD möchte die Mittel für den Landesstraßenbau erhöhen und die Planungskapazitäten beim Landesbetrieb für Straßenbau (LfS) ausweiten. Mobilfunk, 5G, Glasfaserverbindungen und der bislang klägliche Stand der Digitalisierung müssen durch eine zu gründende Digitalagentur zentral vorangetrieben und koordiniert werden. Der neue Mobilfunkstandard 5G bietet insbesondere im Bereich der Maschinenkommunikation zahlreiche neue Möglichkeiten für Wirtschaft und Verbraucher. Zur Senkung der Energiepreise und Stabilisierung der Stromnetze fordert die AfD die Abschaffung der EEG-Umlage.

Wir müssen darauf achten, dass die großflächigen ländlichen Räume im Saarland nicht abgehängt werden. Dazu sind sie zunächst von allzu oft dem Subsidiaritätsprinzip widersprechenden Einmischungsversuchen und Bevormundungen aus Brüssel und Berlin zu befreien. Gerade unsere strukturschwachen Regionen brauchen mehr Perspektive.

Ganz allgemein sollte ein Fokus auf der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit der strukturschwachen Regionen im Saarland liegen. Ihre wirtschaftliche Attraktivität ist voranzubringen, indem bestehende Abwärtsspiralen durch entsprechende Programme durchbrochen, Unternehmen gezielt aktiviert und steuerliche

Anreize sowie Prämien gewährt werden. Dieses letztlich auf eine Hilfe zur Selbsthilfe abzielende Instrumentarium sollte angesichts des Ausmaßes der derzeitigen ökonomischen und sozialen Probleme auch die zielgerichtete Schaffung neuer Arbeitsplätze beinhalten.

5.7. Mittelstandsförderung ist uns ein Herzensanliegen

Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft.

Mittelständische Unternehmen erwirtschaften die Hälfte aller Umsätze im Saarland und stellen die Masse der Arbeits- und Ausbildungsplätze. Sie zahlen die Mehrheit der Gewerbesteuern, sind standorttreu und oft in ihren Heimatorten sozial engagiert. Die AfD möchte ihre Tätigkeit durch den Abbau bürokratischer Hemmnisse und eine unternehmerfreundliche Verwaltung mit kurzen Wegen unterstützen und ihnen bei der Gewinnung von Fachkräften helfen. Wir müssen als Teil einer Mittelstandsförderung die Schwelle für eine europaweite Ausschreibung von Leistungen aller Art deutlich anheben.

5.8. Bürokratie abbauen, Unternehmen und Verbraucher entlasten

Bürokratische Vorgaben und immer mehr auch ausufernde Ausschreibungsbedingungen bei staatlichen Aufträgen erdrosseln unsere Wirtschaft. Dem muss systematisch gegengesteuert werden. Wir wollen eine maximale Bearbeitungszeit für Anträge festlegen und die Ausschreibungsbedingungen vereinfachen.

Als AfD stehen wir außerdem für eine dringend erforderliche steuerliche Entlastung von Unternehmen und Bürgern: Bei der Steuerbelastung der Unternehmen liegt Deutschland innerhalb der

EU auf Platz 3, bei den Bürgern sind wir mittlerweile sogar Steuerweltmeister. Deutschland hat sich in puncto Steuer- und Abgabenlast auf Platz 1 unter allen OECD-Ländern katapultiert. Wir fordern daher eine Reform der Unternehmensbesteuerung, eine dauerhafte Senkung der Mehrwertsteuer um vier Prozentpunkte sowie die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Damit stärken wir die Kaufkraft und den Konsum unserer Haushalte und letztlich die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

5.9. Fachkräftemangel bekämpfen, berufliche Bildung und Weiterbildung stärken

Der technologische Umbruch wird die Arbeitswelt verändern – neue Berufe entstehen und andere fallen perspektivisch weg. Die Landespolitik muss diesen Prozess begleiten, indem sie die Qualifizierung von Arbeitnehmern fördert.

Ein besonderes Problemfeld ist der Fachkräftemangel in Ausbildungsberufen. Dieser kann nicht durch unqualifizierte Masseneinwanderung beseitigt werden. Stattdessen muss die Über-Akademisierung zugunsten der beruflichen Bildung zurückgedreht werden. Als wichtigen Beitrag dazu fordern wir die vollständige Kostenfreiheit der Meisterausbildung. Auf lange Sicht ist eine endogene Deckung des Fachkräftebedarfs durch eine aktivierende Familienpolitik anzustreben.

5.10. Negativzins bekämpfen, Kreditwirtschaft und Sparer schützen

Die dauerhaften Null- und Negativzinsen erschweren die

Altersvorsorge und beeinträchtigen massiv das Geschäftsmodell der Regionalbanken. Damit schaden sie letztlich auch der Wirtschaft im Saarland. Die Bürger wiederum erleiden gigantische Wohlstandsverluste durch eine schleichende Entwertung ihrer Guthaben und Kapitalversicherungen. Die AfD setzt sich deshalb auf allen Ebenen für eine Beendigung der EZB-Negativzinspolitik ein, engagiert sich gegen die von Brüssel betriebene Überregulierung auch von Regionalbanken und gegen die Pläne der EU zur Einrichtung einer Bankenhaftungsunion.

6. Bildung und Hochschulpolitik

6.1. Niveauverlust stoppen, Saarland für die Zukunft rüsten

Die Schule soll auf das Leben vorbereiten, deshalb fordern wir die Rückkehr zu Leistung und Verantwortung. Noten müssen wieder Wegweiser sein und die Leistung ohne Wenn und Aber anzeigen. Notenwahrheit ist nicht Hindernis, sondern Ausgangspunkt und Grundlage jeder Verbesserung und Leistungssteigerung.

6.2. Wiederherstellung einer leistungsstarken Realschule

Die Abschaffung der Hauptschule war ein Fehler. Die mit der Hauptschule verbundenen Probleme sind nicht verschwunden, sie haben sich nun auf die Erweiterte Gemeinschaftsschule verlagert. Damit wurde das Erfolgsmodell der Realschule beseitigt. Unsere Betriebe, die leistungsstarken Nachwuchs brauchen, sind seit Jahren unzufrieden mit der Qualität vieler Absolventen der erweiterten

Gemeinschaftsschule.

Wir wollen deshalb die Einrichtung eines neuen dreigliedrigen Schulsystems. Dabei geht es nicht um eine Rückkehr zur Hauptschule, sondern vielmehr um eine Differenzierung der erweiterten Gemeinschaftsschule in eine Realschule sowie eine Handwerks- und Gewerbeschule (HGS).

Die HGS soll als berufs- und grundlagenorientierte Schulform einschließlich zahlreicher Praktika nach 9 Jahren zur Berufsreife führen. Damit kann sie einen wesentlichen Beitrag zur Behebung des Fachkräftemangels leisten. Die Realschule dagegen endet als allgemeinbildende und zugleich berufsorientierte Schulform nach 10 Jahren mit dem Sekundarabschluss I und der Berechtigung zum Besuch weiterführender Schulen (z.B. Fachschulen oder Beruflicher Gymnasien). In beiden Schulformen sind verbindliche Abschlussprüfungen durchzuführen. Die bisher in der Realschule angegliederte Oberstufe entfällt, um eine klare Trennung zum Gymnasium herzustellen und so eine mehr leistungshomogene Schülerschaft zu erzielen.

Das Gymnasium selbst soll stärker als bisher der Vorbereitung auf ein Studium dienen. Dementsprechend müssen Fach-wissenschaft und das Erlernen wissenschaftlichen Arbeitens im Vordergrund stehen. Das Abiturniveau ist dahingehend zu steigern, dass es wieder die faktische Studierfähigkeit garantiert.

6.3. Besuch des Regelunterrichts nur mit ausreichenden Deutschkenntnissen

Aktuell leiden alle Schüler unter der Regelung, Kinder mit Migrationshintergrund sofort in den Regelunterricht einbinden zu müssen: diejenigen mit unzureichenden Deutschkenntnissen ebenso wie die einheimischen Kinder – und damit leidet natürlich auch das Niveau des Unterrichts insgesamt. Wir fordern deshalb, eigene Deutschklassen für Schüler einzurichten, die die Unterrichtssprache nicht ausreichend beherrschen, und das dafür notwendige Lehrpersonal mit der Qualifikation „Deutsch als Fremdsprache“ auszubilden und bereitzustellen. Nur wer nachweislich gut deutsch spricht und schreibt, soll am Regelunterricht teilnehmen können.

6.4. Inklusion mit Augenmaß

Die Landesregierung hat in der Vergangenheit Schulen angewiesen, beeinträchtigte und nicht beeinträchtigte Schüler auch dann ausnahmslos und in allen Fächern gemeinsam zu unterrichten, wenn das aus Sicht der verantwortlichen Lehrer für die Betroffenen nachteilig war. Eine solche ideologisch motivierte Politik, die die wirklichen Bedürfnisse der Kinder ignoriert, lehnen wir ab. Inklusion kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie mit Vernunft und Augenmaß betrieben wird.

Das Konzept einer totalen Inklusion im Sinne eines ausnahmslosen gemeinsamen Lernens aller Kinder, unabhängig von ihren sozialen,

intellektuellen und körperlichen Voraussetzungen, ist nicht sinnvoll. Auch nicht beeinträchtigte Schüler haben ein Recht auf bestmögliche Förderung. Bei sämtlichen Inklusionsmaßnahmen muss daher das Wohl aller Schüler berücksichtigt werden. Vor diesem Hintergrund fordern wir, vielfältige Formen der Inklusion zu ermöglichen, zum Beispiel die Unterrichtung „unter einem Dach“, also in einem gemeinsamen Schulzentrum, aber in getrennten Klassen. Stets gilt es, die Perspektive sämtlicher beteiligter Gruppen (beeinträchtigte und nicht beeinträchtigte Schüler, Eltern, Lehrer, Schulen und Steuerzahler) zu berücksichtigen. Nicht zuletzt muss das Förderschulwesen gestärkt werden, die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche berufliche Zukunft der Förderschulabgänger sind zu optimieren.

6.5. Kostenfreie Meisterausbildung und Aufstiegsfortbildung

Der Fachkräftemangel nimmt inzwischen Ausmaße an, die unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und unseren Wohlstand gefährden. Dessen ungeachtet treibt die Landesregierung die Öffnung der Hochschulen voran, um die Studentenzahlen noch weiter zu erhöhen. Sie will nicht sehen, dass sich das duale System und die Hochschulen faktisch in einer Konkurrenzsituation befinden.

Unser Alternativkonzept gründet demgegenüber auf der Erhöhung der Attraktivität berufsbildender Schulen durch eine bessere

Unterrichtsversorgung, der Akzeptanz niedrigerer Studentenzahlen sowie der gleichen Wertschätzung für nicht-akademische Bildungs- und Berufswege wie für akademische Laufbahnen. Deshalb müssen Meisterausbildung und Aufstiegsfortbildung endlich vollständig kostenfrei sein.

6.6. Leistungsstarke Hochschulen statt verschulter Massenunis

Die saarländischen Universitäten und Hochschulen sind ein Motor von Wissenschaft und Forschung und damit der Innovations- und Zukunftsfähigkeit unseres Bundeslandes. Als solches müssen sie auskömmlich finanziert werden, was auch angesichts der zusätzlichen Herausforderungen durch die laufenden Strukturreformen der Universitätsstandorte Saarbrücken und Homburg bei weitem nicht der Fall ist.

Größerer Investitionsbedarf besteht aus Sicht der AfD beim Breitbandausbau, in der noch deutlicheren Zurückdrängung unsozialer akademischer Zeitverträge, der Erweiterung der Stellen im akademischen Mittelbau sowie bei der Förderung von Spitzenforschung etwa im Bereich der Künstlichen Intelligenz. Einsparpotentiale sehen wir vor allem in einer Verringerung der Studentenzahlen, was durch eine konsequente Einforderung von Studierfähigkeit und gegebenenfalls hochschuleigene Zugangsprüfungen zu erzielen wäre.

6.7. Breite Öffnung der Hochschulen ist ein Irrweg

Anstelle europaweiter Angleichungen der Hochschulen im Gefolge

des 1999 gestarteten „Bologna-Prozesses“ fordern wir eine Besinnung auf die großen Traditionen Humboldtscher Bildungspolitik. Die grundlegende Änderung des bewährten deutschen Studiensystems durch die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen war ein Missgriff und muss in Richtung einer Wiederanknüpfung an die einst so angesehenen Abschlüsse Diplom, Magister und Staatsexamen berichtigt werden.

6.8. Mehr Freiheit statt Ideologisierung akademischer Diskurse

Den verhängnisvollen Entwicklungen der Ideologisierung und einseitigen Politisierung unserer Hochschulen und der akademischen Diskurse muss ebenso ein Ende gesetzt werden wie Geschlechterquotierungen und Genderlehrstühlen. Als große Probleme sehen wir weiterhin die Zurückdrängung der deutschen Landessprache in Wissenschaft und Lehre, die überbordende Bürokratie etwa bei der Einwerbung von Drittmitteln sowie die im Zuge des neuen Hochschulgesetzes geplante umfassende Beseitigung von Präsenzpfllichten in Vorlesungen und Seminaren. Darüber hinaus unterstützen wir die Forderung, den vielfach zu beobachtenden Missbrauch der studentischen Selbstverwaltungsorgane für Zwecke der ideologischen Indoktrination zu beenden. Gegebenenfalls sollte die Mitgliedschaft der Studenten in der „Studierendenschaft“ im Hochschulgesetz nicht mehr zwangsweise verordnet werden, sondern auf Freiwilligkeit beruhen.

7. Gesundheit und Pflege

7.1. Ärztemangel entgegenwirken, Krankenhäuser auskömmlich finanzieren

Das Gesundheitssystem ist integraler Bestandteil der Daseinsvorsorge, die der Staat zu gewährleisten hat. Unsere Bürger haben daher ein Anrecht auf eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe Gesundheitsversorgung. Auch und gerade in einer alternden Gesellschaft darf es keine Rationierung von Gesundheitsleistungen geben.

Dabei ist die Sicherstellung einer hochwertigen stationären, ambulanten und geburtshilflichen Versorgung angesichts des zunehmenden Ärztemangels nur mit einer drastischen Erhöhung der Medizinstudienplätze und einer auskömmlichen Investitionsförderung der Kliniken zu gewährleisten.

Aus Kostengründen werden immer mehr Krankenhäuser in ländlichen Gebieten geschlossen, insbesondere Geburtshilfe- und Kinderstationen werden abgebaut. Die Investitionsfördermittel des Landes für die Kliniken decken nur zur Hälfte deren tatsächliche Investitionskosten und müssen dringend dem Bedarf der Kliniken angepasst werden.

7.2. Ambulante und stationäre Versorgung sichern, Wartezeiten verringern, Versorgung verbessern

Unsere Ärzte müssen sich wieder auf ihre Kernaufgabe konzentrieren können: die Hinwendung zum Patienten ohne Zeitdruck. Es muss endlich Schluss sein mit monatelangen Wartezeiten auf eine Facharztbehandlung, der Behinderung ärztlicher Schaffenskraft durch überbordende Bürokratie und einer

Deckelung des ärztlichen Honorars trotz ständig erweiterter Anforderungen.

Die Hälfte der niedergelassenen Ärzte geht in den nächsten Jahren in den Ruhestand. Gleichzeitig ist die Motivation zum Führen einer eigenen Praxis nach Studium und Facharztausbildung unter den bestehenden Rahmenbedingungen ebenso gering wie die Bereitschaft zu einer längeren Berufsausübung über die übliche Altersgrenze hinaus.

Um dies zu ändern, ist insbesondere die zunehmend gefährdete ärztliche Versorgung im ländlichen Raum stärker zu fördern. Wenn man jungen Ärzten Lust aufs Land machen will, dann müssen sie attraktive Bedingungen vorfinden. Dabei kommt auch der ländlichen Strukturpolitik (Verkehrs-, Bildungs-, und Apothekeneinrichtungen, Breitbandausbau etc.) eine enorme Bedeutung zu.

Die öffentliche Hand bleibt in der Pflicht, eine leistungsfähige Krankenhaus-Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Das schließt eine Trägervielfalt keineswegs aus. Allerdings darf das Gesundheitswesen nicht zum Spielball erwerbswirtschaftlich orientierter (internationaler) Konzerne werden.

Darüber hinaus fordern wir den Ausbau von Arztpraxen bzw. Polikliniken mit angestellten Ärzten, auch in Trägerschaft der Kommunen, sowie mehr Medizin-Studienplätze, denn es fehlen Ärzte in Kliniken, in der Geburtshilfe und in den Praxen. Die Telemedizin bietet neue Perspektiven, sie ist jedoch aus Sicht der AfD nur als Ergänzung zum klassischen Arzt-Patienten-Gespräch sinnvoll.

Darüber hinaus braucht es unbedingt Planungssicherheit und individuell auskömmliche Finanzierung für Krankenhäuser und Kliniken. Wir wollen keinen weiteren Bettenabbau, und der aktuelle

Klinikahlschlag muss beendet werden. Ziel ist der Erhalt bzw. die Schaffung einer am Patientenwohl ausgerichteten und wohnortnahen stationären Versorgung mit zeitgemäßen, über modernste Infrastruktur verfügenden Krankenhäusern. Für den Fall möglicher Epidemien und Großschadensereignisse sind ausreichend Bettenkapazitäten und Klinikinfrastruktur vorzuhalten.

7.3. Geburtshilfe stärken

Angesichts steigender Geburtenzahlen darf es keine weitere Schließungen von Geburtskliniken geben. Wir brauchen eine gut erreichbare, qualitativ hochwertige geburtshilfliche Versorgung, gerade auch in den ländlichen Regionen unseres Landes. Dazu möchten wir hebammengeleitete Kreißsäle im Saarland fördern. Zudem müssen Hebammen bei ihren Versicherungsprämien dringend entlastet werden, um die Attraktivität ihres Berufes auch finanziell zu sichern.

7.4. Flächendeckende Arzneimittelversorgung gewährleisten

Für die Gewährleistung einer flächendeckenden und qualifizierten Versorgung mit Arzneimitteln müssen insbesondere die kleinen Apotheken vor Ort erhalten bleiben. Gerade für strukturschwache Regionen ist das von großer Bedeutung, da die Apotheke oder der Arzt im Ort einen Standortvorteil bedeuten und so zu den wesentlichen Voraussetzungen einer guten Strukturpolitik gehören. Lieferengpässe und Versorgungslücken sind unbedingt zu vermeiden.

Ebenso wichtig ist die Sicherstellung hoher Qualitätsstandards bei

der Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten. Daher fordern wir, ausreichend Personal für die Überwachung der Wirkstoff- und Arzneimittelproduktion verantwortliche Landesamt bereitzustellen. Gleichzeitig sollten Anreize zur Produktion der Arzneimittel in Deutschland oder in Ländern der Europäischen Union geschaffen werden, um die Abhängigkeit von weltweiten Lieferketten zu verringern.

Außerdem ist es von höchster Bedeutung, die derzeit bestehenden „Rabattvertragsregelungen“ abzuschaffen. Die derzeitige „Reimportquote“ von Arzneimitteln ist ebenso abzulehnen, da ein ständiger Präparatewechsel einer gleichmäßigen, sicheren Arzneimitteleinnahme zuwiderläuft.

7.5. Pflegekräfte-Nachwuchs sicherstellen

Die Qualität unserer Pflegearbeit wird durch einen zunehmenden Fachkräftemangel bedroht. Gerade im Hinblick auf die alternde Bevölkerung ist dies eine dramatische Entwicklung. Um dem zu begegnen fordern wir einen Flächentarifvertrag für alle Pflegekräfte, der eine angemessene Bezahlung sichert und auch die Nacht-, Feiertags- und Wochenenddienste umfasst.

Außerdem tritt die AfD für familienfreundliche Arbeitszeitmodelle ein und strebt eine gezielte Förderung und Finanzierung der Umschulung von Pflegehilfskräften zu examinierten Pflegefachkräften durch das Arbeitsamt an. Die Pflegeberufe müssen stärker und kontinuierlich beworben werden – durch Broschüren in Kliniken, Arztpraxen, Bibliotheken und Rathäusern, aber auch durch spezielle Medienkampagnen etwa mittels Kurzclips in Funk und Fernsehen.

7.6. Pflegende Angehörige stärker unterstützen

Nach wie vor wird die meiste Pflegearbeit zuhause geleistet. Pflegende Angehörige stellen mit 75 Prozent den größten Pflegedienst Deutschlands dar. Dadurch entlasten sie nicht nur den Markt für Pflegefachkräfte, sondern ersparen Staat und Pflegeversicherungen sehr viel Geld. Dennoch findet diese, von unseren Familien erbrachten Leistung, keine gerechte Anerkennung. Wir möchten daher das Pflegegeld bei häuslicher Pflege durch Angehörige an die Pflegesachleistungen der Pflegedienste angleichen. Die häusliche Pflege wollen wir mit einem jährlich zu zahlenden Landeszuschuss zum Pflegegeld unterstützen. Die Höhe dieses Zuschusses soll der Höhe eines monatlichen Pflegegeldes des jeweils Pflegebedürftigen entsprechen.

7.7. Rahmenbedingungen in der Pflege verbessern

Nach einer Krankenhausbehandlung müssen Patienten ohne häuslichen Anschluss wegen fehlender Heimplätze oft länger im Krankenhaus verweilen. Um die notwendige pflegerische Versorgung sicherzustellen und gleichzeitig eine Mehrbelastung der Kliniken zu verhindern, fordern wir die Einrichtung von Kurzzeitpflegeplätzen in Krankenhäusern. Steigende Heimkosten bedeuten für viele Pflegebedürftige eine hohe finanzielle Belastung. Damit Pflege nicht zum Armutsrisiko wird, wollen wir den im Pflegesatz enthaltenen erheblichen Investitionskostenanteil halbieren. Um unsere Pflegekräfte zum Wohle der Pflegebedürftigen zu entlasten, fordern wir weiterhin einen Abbau überbordender Bürokratie sowie den Einsatz modernster Technologien. Dabei

setzen wir uns für einen ausgewogener Mix aus Pflegepersonal, Pflegehelfern und Assistenzsystemen ein.

8. Asyl und Migration

8.1. Verfolgte schützen, Betrüger und Kriminelle abschieben, Rückkehrperspektiven schaffen

Zuwanderung braucht klare Regeln und zuverlässige Kontrolle durch Behörden und Gerichte, insbesondere im Asylbereich. Dabei gilt: „Asyl ist Schutz auf Zeit für wirklich Hilfsbedürftige und politisch Verfolgte“. Diesem seit 2015 von den Regierungsverantwortlichen bewusst ausgehebelten Grundsatz muss endlich wieder Geltung verliehen werden.

Deshalb fordern wir: abgelehnte Asylbewerber ohne Bleiberecht und straffällige Ausländer sind konsequent abzuschieben. Die Duldung Ausreisepflichtiger muss eine Ausnahme bleiben und darf auf keinen Fall zum steuerfinanzierten Langzeitaufenthalt führen. Ähnliches gilt für rechtmäßig anerkannte Schutzsuchende. Ein Asylstatus begründet keine dauerhafte Niederlassung in Deutschland. Wir fordern deshalb ein aktives Rückkehrmanagement, das Flüchtlinge von Beginn an auf ihre notwendige Heimkehr vorbereitet und diese vollzieht, sobald die Voraussetzungen dafür gegeben sind.

8.2. Armutszuwanderung in unsere Sozialsysteme stoppen – Fehlanreize minimieren

Deutschland ist seit Jahren ein Magnet für illegal einreisende Armut- und Wirtschaftsmigranten aus aller Welt, die überwiegend

in unsere Sozialsysteme strömen und dort verbleiben. Das liegt an finanziellen Fehlanreizen und nahezu unbeschränkten Zugangsmöglichkeiten.

Zum Schutz unseres Sozialstaates fordern wir Vor-Ort-Hilfen in den Herkunftsländern, eine effektive Bekämpfung der Schlepperkriminalität und regelmäßige Grenzkontrollen sowie schnelle Asylverfahren mit konsequenter Durchsetzung der getroffenen aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen durch unsere Behörden. Einer festgestellten Ausreisepflicht sollte auch mit Leistungskürzungen Nachdruck verliehen werden.

Für das Saarland wollen wir Sach- statt Geldleistungen für Flüchtlinge, eine strikte Begrenzung des Familiennachzugs und flächendeckende medizinische Alterstests bei jungen Asylzuwanderern, um Betrug zu verhindern.

8.3. Kosten für Steuerzahler transparent machen

Im Saarland leben bereits mehr als 28.000 Asylzuwanderer. Die dadurch entstehenden jährlichen Kosten für die öffentliche Hand belaufen sich auf mindestens 100 Millionen Euro. Eine genaue Kostenermittlung ist nicht möglich, weil die hierfür benötigten Statistiken fehlen und die Finanzierung häufig undurchsichtig ist. Insbesondere vor dem Hintergrund der Corona-Krise ist dies eine enorme Zusatzbelastung für unsere Steuerzahler. Die Asylzuwanderung ist deshalb – wie oben beschrieben – auf das verfassungsrechtlich und gesetzlich Gebotene zu begrenzen. Zudem fordern wir maximale Kostentransparenz durch die Einführung einer digitalen Aufenthalts- und Sozialleistungsakte für jeden Asylzuwanderer.

8.4. Mut zu deutscher Identität: Integration verbindlich einfordern

Deutschland ist nicht nur ein Staatsgebilde, sondern vor allem eine Kultur- und Wertegemeinschaft, die demokratisch, rechtsstaatlich und christlich-europäisch geprägt ist. Die Anerkennung dieser grundlegenden Werte von Zuwanderern und Migrant*innen verbindlich einzufordern, ist Voraussetzung jeder Integration.

Staatlich finanzierte Eingliederungsmaßnahmen sind nur dann sinnvoll und legitim, wenn eine rechtmäßige Bleibeperspektive besteht. Dabei haben Zuwanderer hinsichtlich ihrer Integration eine Bringschuld gegenüber unserer Gesellschaft.

Um unsere deutsche Identität für Einheimische, aber auch für gut integrierte Zuwanderer zu bewahren, muss einer fortschreitenden Multikulturalisierung, radikalen Islamisierungstendenzen sowie der weiteren Herausbildung von Parallelgesellschaften entschieden entgegen getreten werden.

8.5. Abwanderung deutscher Fachkräfte reduzieren – qualifizierte Zuwanderung aufwerten

Eine ungesteuerte Masseneinwanderung löst weder den Fachkräftemangel unserer Wirtschaft noch die demographischen Herausforderungen der Zukunft. Im Gegenteil: Bestehende Probleme werden dadurch weiter verstärkt, Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur beschleunigt. An manchen Kitas im Land beträgt der Anteil von Kindern mit einer anderen Erstsprache als Deutsch bereits 75 Prozent.

Anstatt Millionen weitgehend ungelernter Asylmigrant*innen ins Land zu holen, wollen wir deutschen Leistungsträgern und

hochqualifizierten Ausländern – insbesondere aus uns kulturell nahestehenden Regionen – bessere Arbeits- und Lebensperspektiven für sich und ihre Familien in Deutschland bieten. Dafür braucht es Lohn- und Steueranreize sowie Abgabentlastungen für Familien mit Kindern. Deutschstämmigen im Ausland sollten überdies besondere Rückkehrmöglichkeiten eröffnet werden.

9. Inneres

9.1. Für anlassbezogene Grenzkontrollen und die Einführung einer eigenen Grenzpolizei

Der Schutz eines Landes beginnt an seiner Grenze. Das Saarland hat zu zwei Ländern eine Außengrenze, die eine Gesamtlänge von 167 Kilometern umfasst. Die Corona-Krise hat uns gezeigt, dass Grenzkontrollen möglich und durchführbar sind. Dass sie auch notwendig sind, um die Sicherheit unserer Bürger zu gewährleisten, belegen Zahlen und Fakten. So hat das Saarland beispielsweise ein großes Problem mit der Einfuhr von illegalen Betäubungsmitteln. Vor diesem Hintergrund fordern wir, sporadische und anlassbezogene Grenzkontrollen/Schleierfahndungen an den saarländischen Außengrenzen einführen sowie eine saarländische Grenzpolizei aufzubauen, deren Kompetenzbereiche in Absprache mit dem Bundesinnenministerium festzulegen sind. Unsere Landespolizei muss nach Ansicht der AfD zur Unterstützung für

Bundespolizeikräfte künftig auch an der Grenze und im Rahmen der Schleierfahndung eingesetzt werden.

9.2. Polizei personell, materiell und ideell stärken

Unsere Polizei hat sich seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland als eine zuverlässige Bürgerpolizei bewährt, die ihre verantwortungsvolle und gefährliche Aufgabe zum Schutz der Bevölkerung und der öffentlichen Sicherheit wirksam und als „Freund und Helfer“ wahrnimmt. Dabei steht die Würde des Menschen im Mittelpunkt ihrer Arbeit – ganz im Sinne ihres Amtseides auf das Grundgesetz. All das verdient eine entsprechend große Würdigung in der Öffentlichkeit.

Leider haben das Gefährdungspotenzial für unsere Polizei und die Gewalt gegen unsere Sicherheitskräfte in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Aus dem Bundeslagebild geht hervor, dass die Zahl der Angriffe gegen Ordnungshüter im Bundesgebiet 2019 um 8,6 Prozent gestiegen ist. Gerade vor diesem Hintergrund entspricht es der Fürsorgepflicht des Landes als Dienstherr, eine angemessene Besoldung und Gesundheitsversorgung seiner Beamten sicher zu stellen. Deshalb fordern wir die Einführung einer optionalen freien Heilfürsorge für Polizeibeamte, die Dynamisierung der Gehälter sowie die Ruhegehaltsfähigkeit der Erschwerniszulagen. Die Zahl der Polizeibeamten im Saarland ist zu erhöhen.

9.3. Feuerwehren: schnellere Beförderungsmöglichkeiten und Rentenpunkte für ehrenamtliche Dienste

Unsere Feuerwehren sind ein wichtiger Teil staatlicher Daseinsvorsorge. Sie leisten täglich vielfältige und mit erheblichen

Gefährdungen verbundene Aufgaben für unsere Gesellschaft. Daher möchten wir als AfD die Arbeit der Berufsfeuerwehren durch bessere Bezahlung und Gesundheitsfürsorge stärker honorieren als bisher. Auch die Attraktivität des ehrenamtlichen Dienstes bei den Freiwilligen Feuerwehren soll durch geeignete Maßnahmen gestärkt werden.

Im Einzelnen fordern wir die Einführung einer optionalen freien Heilfürsorge für Feuerwehrbeamte, eine Dynamisierung der Gehälter, die Einführung einer ruhegehaltsfähigen Zulage für ausgebildete Rettungssanitäter in Höhe von 150 Euro und die Ruhegehaltsfähigkeit der Erschwerniszulage.

Darüber hinaus tritt die AfD für schnellere Beförderungsmöglichkeiten für die Gehaltsstufe A7 (Brandmeister) auf A8 (Oberbrandmeister) und A9 (Hauptbrandmeister) durch Anhebung der Stellenzahlen im gehobenen Dienst ein. Außerdem streben wir die Anerkennung des Ehrenamtes bei der Freiwilligen Feuerwehr in Form von Rentenpunkten an und möchten das Thema „Freiwillige Feuerwehr“ in den Lehrplänen der Klassenstufen 4 bis 8 verankern. Privaten Arbeitgebern sind aus unserer Sicht bei Personalausfällen aufgrund ehren-amtlicher Feuerwehrdienste nicht nur die Lohnkosten, sondern auch die Umsatzausfälle zu ersetzen.

9.4. Kommunale Ordnungsdienste aufwerten

Die Situation der Kommunalen Ordnungsdienste im Land ist prekär. Für sie gibt es weder ein einheitliches Berufsbild noch eine einheitliche Ausrüstung. Trotz ihres umfangreichen Einsatzgebietes und der Ihnen übertragenen verantwortungsvollen und komplexen Aufgaben besteht ihre Ausbildung aus einem maximal 10-wöchigen Lehrgang. Sie verdienen wenig, sind schlecht abgesichert, nur

dürftig ausgerüstet und verfügen zum Teil über unzureichende Befugnisse. Dies muss sich grundlegend ändern und dazu bedarf es insbesondere einer besseren Finanzausstattung unserer Kommunen.

Im Einzelnen fordern wir ein einheitliches Berufsbild der kommunalen Ordnungsdienste und die landesweite Vereinheitlichung ihrer einsatz- und lageorientierten Ausbildung – mit einer Dauer von mindestens zwei Jahren und einer Ausbildungsvergütung analog zu Polizei und Justiz.

Des Weiteren treten wir für die Entwicklung eines einheitlichen Systems bei der Ausrüstung sowie für die Angleichung der Erschwerniszulagen an die Polizei ein.

9.5. Schweren Dienst der Justizvollzugsbeamten anerkennen

Auch die Arbeit unserer Justizvollzugsbeamten ist mit einem erheblichem Gefährdungspotenzial verbunden: steigende Gefangenenzahlen bei einem Ausländeranteil von über 27 Prozent, vermehrte Gewalt gegen Vollzugsbeamte und Zunahme psychisch auffälliger Gefangener mit zum Teil schweren Persönlichkeitsstörungen und hohem Aggressionsverhalten. Angesichts dessen sehen wir als AfD die Notwendigkeit, die Rahmenbedingungen für die Arbeit in den Justizvollzugsanstalten umfassend zu verbessern. Unsere Forderungen lauten deshalb: Einführung einer optionalen freien Heilfürsorge für Justizvollzugsbeamte, Dynamisierung der Gehälter, Einführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Erschwerniszulagen sowie schnellere

Beförderungsmöglichkeit durch mehr Stellen im gehobenen und mittleren Justizvollzugsdienst.

9.6. Linksextremismus unabhängig bekämpfen

Während es im Saarland mehrere Präventiv- und Aussteigerprogramme für den Bereich des Rechtsextremismus und des religiös motivierten Extremismus gibt, existieren keinerlei vergleichbare Programme für den Linksextremismus.

Die Landesregierung sieht hier offensichtlich kein Bedrohungspotential. Dabei müsste es der selbstverständliche Anspruch einer Landesregierung sein, gegen alle Formen des Extremismus entschieden vorzugehen.

Vor diesem Hintergrund fordern wir, die „Antifa“ endlich stärker in den Fokus des Verfassungsschutzes zu nehmen und die (zum Teil indirekte) Finanzierung linksextremistischer Verbände mit Landesmitteln unverzüglich und vollständig einzustellen.

Zur besseren Wahrung der Neutralitätspflicht muss der Landesverfassungsschutz aus dem saarländischen Innenministerium ausgegliedert und in eine eigenständige Behörde umgewandelt werden. Diese hat jede Form extremistischer Betätigung entschieden zu bekämpfen.

9.7. Polizeiliche Kriminalstatistik ungeschminkt ausgestalten

Ziel der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) sollte es sein, ein umfassendes und ungeschminktes Bild der Verbrechenslage in unserem Land zu vermitteln. Diesem Ziel wird die aktuelle PKS in Teilen nicht gerecht. So werden zum Beispiel Tatverdächtige

unabhängig von ihrem Geburtsort, weiteren Staatsangehörigkeiten oder ihrer kulturellen oder religiösen Präferenzen immer dann als Deutsche gezählt, wenn sie (auch) über eine deutsche Staatsangehörigkeit verfügen.

Beleidigungen und Gewalt gegen Polizeibeamte, die in den letzten Jahren insbesondere durch linksradikale und ausländische Täter zugenommen haben, tauchen in dieser Statistik erst gar nicht auf. Gleiches gilt für das Tatwerkzeug „Messer“, obwohl auch hier steigende Fallzahlen zu verzeichnen sind. Daher fordern wir, das Tatmittel „Messer“ umgehend in die polizeiliche Kriminalstatistik aufzunehmen, die Nationalität von Tätern klar zu benennen und Doppelstaatsbürgerschaften separat zu erfassen.

Außerdem müssen Gewalttaten jeglicher Art gegenüber Polizeibeamten in die PKS aufgenommen werden: tätliche Angriffe ebenso wie Spuckattacken oder Beleidigungen.

9.8. Bessere Rahmenbedingungen für Einsätze im Katastrophenschutz

Mitglieder von Katastrophenschutz und ehrenamtlichen Einheiten der „Blaulichtfamilie“ müssen für Einsätze und Ausbildungsmaßnahmen vom Arbeitgeber freigestellt werden. Aufgrund der damit verbundenen Arbeits- und Umsatzausfälle für die Betriebe kommt es zunehmend zu Einstellungsproblemen oder beruflichen Schwierigkeiten für die hier engagierten Menschen, die sich letztlich auch negativ auf die Motivation zum Ehrenamt auswirken.

Um dem entgegen zu wirken, fordern wir, im saarländischen Brand- und Katastrophenschutzgesetz die Entschädigungsverordnung so zu verändern, dass freistellende Betriebe vollumfänglich entsprechend

ihres Umsatzausfalls entschädigt werden. Außerdem ist zu prüfen, ob analog zum Behindertengleichstellungsgesetz von Kommunalverwaltungen und öffentlich-rechtlichen Einrichtungen die Einstellung einer bestimmten Anzahl von Mitarbeitern verlangt werden kann, die für solche ehrenamtlichen Aufgaben freizustellen sind.

9.9. Lückenloses Bädernetz muss Schwimmfähigkeit unserer Kinder ermöglichen

Aufgrund eines riesigen Sanierungsbedarfs und des Fehlens der dafür erforderlichen Finanzmittel werden derzeit in vielen saarländischen Kommunen die Schwimmbäder geschlossen. Immer größere Lücken im Bädernetz sind die Folge. Dies bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Schwimmfähigkeit unserer Kinder. Nach Angaben des DLRG muss ein Kind aktuell bis zu drei Jahre auf einen Platz in einem Schwimmkurs warten. Dadurch wird auch der schulische Schwimmunterricht beeinträchtigt oder gar unmöglich gemacht.

Wir wollen deshalb die endgültige Schließung von renovierungsbedürftigen Bädern unbedingt verhindern. Unserer Meinung nach sollte es weniger reine „Spaßbäder“ und dafür mehr Lehrschwimmbecken und Becken für Sportschwimmer geben. Eine obligatorische Schwimmausbildung für alle Kinder erachten wir als zwingend erforderlich. Den Schwimmunterricht in den Schulen wollen wir nicht nur theoretisch, sondern auch faktisch sicher stellen.

9.10. Jugendoffiziere sind wichtig für die politische Bildung

Bei der Frage, ob und in welchem Umfang Jugendoffiziere an Schulen eingeladen werden, geht es nicht um „eine Haltung zur Bundeswehr“, sondern um sachliche und verfassungskonforme Wissensvermittlung in der politischen Bildung. Hier sollen die Legitimation der Streitkräfte als Parlamentsarmee, ihre Aufgaben und ihr Auftrag im Rahmen der aktuellen Bundeswehr-Konzeption dargestellt werden.

Konkret geschieht dies in Form von Gesprächen, Vorträgen, Seminaren oder Podiumsdiskussionen. Jugendoffiziere stehen aber nicht nur für den Unterricht von Schulklassen zur Verfügung, sondern auch im Rahmen der Aus- und Weiterbildung von Lehrern. Dank der regelmäßigen Einberufung großer Teile der wehrfähigen jungen Männer war die Bundeswehr lange Zeit fest im öffentlichen Bewusstsein unserer Gesellschaft verankert. Auftrag und Dienst in den Streitkräften waren den Bürgern aus eigener Erfahrung oder aus dem familiären Umfeld bekannt. Nach der Aussetzung der Wehrpflicht 2011, dem Ende der bipolaren Bedrohungsszenarien und der Umstrukturierung zur Einsatzarmee mit weltweiten Operationsgebieten hat sich auch das Bild der Bundeswehr in der Öffentlichkeit stark gewandelt und liegt heute vielfach im Nebel von Unwissenheit und Spekulationen.

In diesem neuen Umfeld ist die Bildungsarbeit von Jugendoffizieren noch wichtiger geworden. Ihre Besuche müssen deshalb im Bereich der Mittelstufe in den Lehrplan unserer weiterführenden Schulen aufgenommen werden. Dazu ist die bislang geringe Zahl von vier Offizieren aufzustocken.

10. Umwelt und Natur

10.1. Klimawandel und Klimaschutz

Klimawandel hat es schon vor dem Auftreten des Menschen gegeben, gibt es heute und wird es auch künftig geben. Der Wandel des Klimas ist ein hochkomplexes Phänomen, dessen Ursachen sowohl natürlichen als auch menschlichen Ursprungs sind. Hierüber muss ein offener wissenschaftlicher Diskurs geführt werden, der auch mainstream-kritische Stimmen mit einbezieht. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die gigantischen Ressourcen, die aktuell eingesetzt werden, um auf das Klima Einfluss zu nehmen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Anteil Deutschlands am weltweiten CO₂-Ausstoß lediglich zwei Prozent beträgt. Effektive Umweltschutzpolitik muss daher zunächst global erfolgen. Hier wäre es weitaus sinnvoller, den Export umweltfreundlicher deutscher Technologien zu fördern oder Umweltschutz-Projekte in Schwellenländern zu unterstützen, als Milliarden-Beträge für wenig wirksame, aber unsere Bürger belastende und in ihrer Freiheit einschränkende Maßnahmen auszugeben.

Daneben setzen wir auf eine aktive und umfassende Umwelt- und Naturschutzpolitik vor Ort. Wir fordern die Umsetzung der Studie der ETH Zürich, wonach Wiederaufforstung mehr zum Schutz der Menschen vor einem sich verändernden Klima beiträgt als eine alarmistische Ausrufung des Klimanotstands.

Insgesamt muss es die Aufgabe einer verantwortungsbewussten Politik sein, eine vernünftige Güterabwägung zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Belangen zu betreiben.

10.2. Kulturlandschaft Wald nutzbringend bewirtschaften

Das Saarland ist eine Kulturlandschaft. Es kann deshalb nicht das Ziel sein, zu urwaldähnlichen Zuständen zurückzukehren. Vielmehr bedürfen die außerordentlich bedeutsamen ökologischen und sozialen Funktionen unseres heutigen Waldes gezielter Unterstützung: die durch ihn bedingte Bildung von Gewässern, insbesondere von Grundwasser, die Luftreinhaltung sowie die Funktion als Lebens- und Erholungsraum. All dies schließt eine Nutzung durch die Forstwirtschaft keinesfalls aus.

Wir befürworten einen an die absehbaren klimatischen Veränderungen angepassten Waldbau zur Produktion von Strukturholz, Brennholz sowie von Nebenprodukten wie Beeren und Pilzen. Auch im Saarland ist die Wahl von klima-verträglichen, stabilen und ertragreichen Baumarten wichtig.

In den letzten Jahren hat der Wald in Mitteleuropa aufgrund von Trockenheit und Wärme und den dadurch geförderten Borkenkäferkalamitäten stark gelitten. Daher fordern wir, dass das befallene Schadholz unverzüglich aus den Wäldern geholt wird. Die Schadflächen sind schnellstens mit gut durchdachten Aufforstungsprogrammen wiederherzustellen. Dabei ist Mischkulturen der Vorzug vor Monokulturen zu geben.

Weiterhin fordern wir ein abgestimmtes Konzept, um diesen für uns so wichtigen Lebens- und Erholungsraum zu stützen und zu erhalten. Dabei muss auch die Ökosystemleistung der Wälder berücksichtigt werden. Dieses Konzept erfordert die Berücksichtigung der Erfahrungen und Probleme in anderen Gegenden Europas. Daher ist gerade hier eine internationale Zusammenarbeit unerlässlich.

Als wichtigen Teil eines an die klimatischen Veränderungen

angepassten Waldes betrachten wir regionale Baumschulen und regionales Saatgut. Dieses sollte bevorzugt eingesetzt werden, sofern es nach wissenschaftlichen Erkenntnissen möglich ist.

10.3. Für einen Wald mit Wild und unser traditionelles Jagdrecht

Die AfD bekennt sich zu den traditionellen Grundsätzen der Waidgerechtigkeit. Grundsätzliche Änderungen des Jagdrechts sind nicht nötig. Insbesondere fordern wir, keine weiteren Wildarten aus dem Jagdrecht zu streichen.

Wir plädieren für die Losung „Wald mit Wild“. Dabei sollen fünf Prozent der Wälder mit jagdfreien Wildäsungsflächen bestückt werden, um den Wildverbiss zu reduzieren und die biologische Vielfalt zu stärken.

Der Wolf ist das größte Raubtier Deutschlands. Die Gefahr, die von ihm für Haustiere, Nutztiere und Wildtiere ausgeht, sollte weder bagatellisiert noch dramatisiert werden. Allerdings muss sich der Wolf vom Menschen fernhalten. Deutschland hat jedoch eine hohe Bevölkerungsdichte und eine große landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich genutzte Fläche. Damit sind Konflikte zwischen Wolf und Mensch vorprogrammiert.

Nach wie vor weigern sich Bundes- und Landesregierung, den „günstigen Erhaltungszustand“ des Wolfs zu quantifizieren. Als Spitzenprädatoren hat er keine natürlichen Feinde und findet ausreichend Nahrung. Es besteht also kein Zweifel, dass er sich in unserer Kulturlandschaft weiterverbreiten und vermehren wird. Dies macht eine Bestandsregulierung des Wolfs unerlässlich. Daher möchten wir den Wolf in das Jagdrecht aufnehmen.

Wir streben eine Zuweisung bestimmter Lebensräume für

Wolfsrudel nach dem Vorbild Norwegens oder Schwedens an.

10.4. Biologische Vielfalt stärken, Vögel und Insekten schützen, invasive Arten begrenzen

Die AfD setzt sich für die Stärkung der biologischen Vielfalt ein. Dazu benötigen wir ein regelmäßiges und flächendeckendes Monitoring der Arten im Saarland.

Der Vogelschutz ist uns wichtig. Insbesondere Durchzugs- und Zugvögel sind in der Europäischen Union nach wie vor nicht geschützt. In Frankreich, Italien, Spanien, Malta und Zypern werden diese mit illegalen Fang- und Tötungsmethoden wie Klappnetzen, Schlingen, Steinquetschen und Leimruten bejagt. Wir ersuchen Bundes- und Landesregierung, auf einen EU-weiten Vogelschutz hinzuwirken und dafür zuvorderst die nächste Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens zur Erhaltung der wandernden wildlebenden Tierarten zu nutzen.

Auch Windkraftanlagen gefährden den Vogelschutz. Jährlich fallen diesen ungefähr 100.000 Vögel sowie 250.000 Fledermäuse zum Opfer. Darüber hinaus fordern wir, das Insektensterben wissenschaftlich zu untersuchen und ganz allgemein den Artenschutz bestmöglich zu gewährleisten.

Wir möchten unsere Kulturlandschaft so insektenfreundlich wie möglich gestalten. Dabei soll der Staat mit gutem Beispiel vorangehen. Daher setzen wir uns dafür ein, bei der Grünpflege auf staatlichen Grundstücken auf Herbizide weitgehend zu verzichten. Bei staatlichen Flächen, die verpachtet werden, sollte man in den Pachtverträgen nach Möglichkeit ein Herbizid- und Pestizidverzicht verankern. Auch Schottergärten, die Insekten keinen Lebensraum bieten, halten wir für problematisch.

Eine weitere Bedrohung für den Artenschutz und die biologische Vielfalt stellen invasive gebietsfremde Arten dar.

10.5. Realistische Grenzwerte und Messverfahren bei Emissionen und Immissionen

Die AfD möchte Menschen, Tiere und Pflanzen vor gesundheitsschädlichen Emissionen und Immissionen schützen. Da es in den letzten Jahren und Jahrzehnten in den meisten Bereichen jedoch deutliche Verbesserungen gab, sollte dabei maßvoll vorgegangen werden.

Wir fordern deshalb eine wissenschaftliche Überprüfung der Grenzwerte für Stickstoffverbindungen einschließlich realistischer Vorschriften für Messungen und Probenahmen. Die AfD setzt sich dafür ein, dass die in deutschen Städten seit 2005 geltenden Stickstoffdioxid-Grenzwerte von einer unabhängigen Expertenkommission überprüft und die Stickoxid-Messstationen in Übereinstimmung mit den geltenden Richtlinien und nicht zu nah an Kreuzungen, Hindernissen und am Fahrbahnrand aufgestellt werden.

Wie kürzlich eine Studie der Universität Mainz bestätigt hat, ist der Infraschall von Windkraftanlagen gesundheitsgefährdend.

Anwohner klagen oft über Herzprobleme, Kopfschmerzen und Übelkeit. Daher fordern wir die Einführung der 10-H-Regelung (Abstand zu Wohngebieten entspricht mindestens der zehnfachen Höhe der Windkraftanlage). Darüber hinaus möchten wir die Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation für einen Richtwert von 45 Dezibel durchschnittlicher Lärmbelastigung durch Windkraftanlagen in der Nähe von Wohngebieten umsetzen.

Ein mit Emissions- und Immissionsschutz begründetes Verbot von

Feuerwerken lehnen wir ab. Insbesondere das Neujahrsfeuerwerk ist ein kulturell tief verankerter Brauch, den wir erhalten wollen.

10.6. *Abfallwirtschaft kommunalverträglich und bürgerfreundlich gestalten*

Die Abfallwirtschaft ist ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge und damit eine zentrale Aufgabe der Kommunen. Die AfD bekennt sich zu einer umweltfreundlichen Abfallwirtschaft. Bei der Abfallhierarchie muss – in dieser Reihenfolge – der Vorrang der Vermeidung vor der Vorbereitung zur Wiederverwertung, dem Recycling, der energetischen Verwertung und der Beseitigung gelten.

Mittel- bis langfristig streben wir eine Kreislaufwirtschaft an, in der Rohstoffe und Produkte aus Gründen der Nachhaltigkeit so lange wie möglich genutzt werden. Dabei stehen wir unter anderem der Einführung eines Pfands für Batterien und Elektrogeräte aufgeschlossen gegenüber, um die unzureichende Sammelquote zu erhöhen. Darüber hinaus möchten wir den Einsatz von Sekundärrohstoffen stetig steigern.

Mit der Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes plant die Bundesregierung unter anderem, die freiwillige Produktverantwortung zu stärken. Hersteller und Vertreiber sollen Abfälle zurücknehmen können. In der vorliegenden Form lehnen wir dieses Vorhaben ab, denn es würde dazu führen, dass Kommunen die gewinnbringenden Abfälle an die Hersteller verlieren und die verlustbringenden Abfälle behalten. Dadurch entstünden unweigerlich Einnahmeverluste für die Kommunen, die durch höhere Abfallgebühren der Bürger kompensiert werden müssten.

Die zunehmende Monopolisierung in der Abfallwirtschaft hat zu höheren Kosten für die Kommunen geführt. Um sich von den Marktführern unabhängiger zu machen, befürworten wir, die Abfallwirtschaft stärker zu kommunalisieren.

10.7. Kunststoffherstellung sinnvoll regulieren

Kunststoffe sind grundsätzlich weder gut noch böse. Während sie sich in der Verpackungsindustrie einsparen lassen, sind sie in der Medizin- und Sicherheitsindustrie unverzichtbar. Deshalb plädiert die AfD für eine rationale Kunststoffpolitik.

Dort, wo es wirtschaftlich und technologisch möglich ist, möchten wir die Produktion und den Verbrauch von Kunststoffen verringern. So sind beispielsweise Kunststoffe in Kosmetika bereits heute durch andere Stoffe ersetzbar. Dagegen lehnen wir das von der Bundesregierung geplante Verbot von Kunststofftragetaschen mit einer Wandstärke zwischen 15 und 50 Mikrometern ab. Denn Papiertragetaschen haben eine schlechtere Ökobilanz als Kunststofftragetaschen, da ihre Produktion mehr Energie und Wasser benötigt.

Die Europäische Union möchte Kunststoffgranulat verbieten, um Mikroplastik zu reduzieren. Davon sind auch Kunstrasenplätze mit Verfüllung durch Kunststoffgranulat betroffen. Dies wäre ein schwerer Schlag gegen Kommunen und Vereine, die zur Förderung des Breitensports hunderte Millionen Euro in diese Sportplätze investiert haben. Deshalb fordern wir eine Übergangsfrist, die sich an der veranschlagten Lebensdauer dieser Sportplätze orientiert. Andernfalls sollen Bund und Land für die Kosten einer Umrüstung auf Verfüllung durch Kork oder Sand aufkommen.

Der größte Eintrag von Mikroplastik in die Umwelt geschieht durch

Reifenabrieb. Dies betrifft Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor und Elektromotor gleichermaßen. Wir setzen auf die Innovationskraft der Reifenhersteller, andere Stoffe zu entwickeln, die den Reifenabrieb verringern.

Den Export von Kunststoffabfällen in Länder ohne ausreichende Sammel-, Lager- und Verwertungssysteme möchten wir verbieten. Insbesondere afrikanische und asiatische Schwellen- und Entwicklungsländer, die Hauptverursacher der Kunststoffvermüllung sind, sollten im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bei der Beseitigung von Kunststoffabfällen unterstützt werden.

10.8. Wasserwirtschaft muss in öffentlicher Trägerschaft bleiben

Eine Privatisierung der kommunalen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung lehnen wir ab. Die kommunale Wasserwirtschaft muss als ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge weiter gestärkt werden.

Trinkwasser ist das am besten kontrollierte Lebensmittel. Die sehr gute Qualität unseres Trinkwassers möchte die AfD sicherstellen. Eine Verschärfung des Nitratgrenzwerts ist dafür jedoch nicht nötig. Im Saarland ist derzeit überall zuverlässig gewährleistet, dass der Nitratgrenzwert von 50 mg/l im Trinkwasser eingehalten wird. Wir fordern deshalb, ein realistisches Bild der Nitratkonzentration im Land zu erstellen. Diese Erhebung muss wissenschaftlichen Ansprüchen genügen und darf nicht zur Durchsetzung fragwürdiger umweltpolitischer Ziele missbraucht werden. Insbesondere ist darauf zu achten, dass Punktquellen nicht zur Charakterisierung der Flächenbelastung benutzt werden.

Die größte Herausforderung der Wasserwirtschaft sind Extremwetterereignisse wie Starkregen und Dürreperioden. Wir wollen die Kommunen bei der Entwicklung von Konzepten gegen Extremwetterereignisse unterstützen. Grundsätzlich muss sich die Trinkwasserversorgung in Stadt und Land jedoch an den Rückgang der Niederschläge im Sommer anpassen. Technische Möglichkeiten dafür eröffnen unterirdische oder oberirdische Speicher sowie tiefere Brunnen.

11. Kultur

11.1. Deutsche Leitkultur und Heimatbewusstsein

Die AfD Saarland bekennt sich zum Stolz auf die eigene Kultur, die Bindungen ans eigene Land und den europäisch-abendländischen Kulturraum. Gleichmacherischer Multikulturalismus und Globalismus liegen ihr fern, stattdessen vertritt sie Heimatliebe, Geschichts- und Nationalbewusstsein sowie die Berücksichtigung regionaler Interessen durch historisch gewachsene föderale Strukturen. Die AfD Saarland steht eindeutig zur deutschen Leitkultur, die sich im Wesentlichen aus drei Quellen speist: erstens der religiösen Überlieferung des Christentums, zweitens der wissenschaftlich-humanistischen Tradition, deren antike Wurzeln in Renaissance und Aufklärung erneuert und in der Romantik spirituell erweitert wurden, und drittens dem römisch-germanischen Recht, auf dem unser Rechtsstaat fußt.

Um die Liebe und die Bindung zur Heimat auch in den nachfolgenden Generationen zu erhalten, fordern wir die flächendeckende Wiedereinführung eines an früheren Standards

ausgerichteten Faches „Heimatkunde“ an den saarländischen Schulen.

11.2. Hoch- und Breitenkultur in Stadt und Land unterstützen – Vereinen Zukunft geben

Für die saarländische AfD ist es ein wichtiges Anliegen, die Hoch- und die Breitenkultur auf allen Ebenen, also nicht nur in den städtischen Ballungszentren, sondern gerade in den ländlichen Räumen zu stärken. Diese drohen mancherorts an Perspektivlosigkeit zu verkümmern und müssen endlich umfassend attraktiv(er) gemacht werden. Die in erster Linie durch unser breitgefächertes Vereinswesen getragenen lokalen Strukturen sind auch kulturell gesehen unverzichtbar, zumal sie in sozialer Hinsicht wertvolle Dienste leisten.

11.3. Deutsche Sprache stärken, Lesekultur fördern

Unsere Nationalkultur ist untrennbar verbunden mit der über Jahrhunderte gewachsenen deutschen Sprache. Diese spiegelt auf vielfältigste Weise die Geistesgeschichte, das Selbstverständnis dieses Raumes in der Mitte Europas und die Werthaltungen der Deutschen wider, die sich zwar stets verändern, aber dennoch einen einzigartigen Kernbestand aufweisen. Das Band der Sprache ist im allgemeinen Bewusstsein zu halten und zu schützen.

Die AfD tritt den überall zu beobachtenden Bestrebungen entgegen, die deutsche Sprache in Behörden, universitären Studiengängen und in der Binnenkommunikation von Firmen im Sinne einer falsch verstandenen „Internationalisierung“ durch das Englische zu ersetzen. Auch halten wir die übermäßige Verwendung von

Anglizismen als unwürdig für eine große Sprachgemeinschaft von weltweit immerhin fast 100 Millionen Menschen.

Darüber hinaus lehnen wir eine Instrumentalisierung unserer Sprache durch politisch korrekte Vorgaben und das immer weiter um sich greifende „Gender“-Sprech entschieden ab.

In einer von Bilderwelten, Reizüberflutung, den Gefahren der „digitalen Demenz“ und Selbstisolation sowie schwindendem Allgemeinwissen geprägten Zeit sind das Gespräch und die Kulturtechnik des Lesens gerade für junge Menschen ein unverzichtbarer Ausgleich. In den Augen der AfD bedürfen beide deshalb mehr denn je der Förderung, um Zusammengehörigkeits- und Sprachgefühl, Bildung, Urteils- und Kritikfähigkeit, Argumentations- und Konzentrationsvermögen, Phantasie und kulturelle Kontinuität zu stärken. Vor diesem Hintergrund sind nationale Eigenheiten wie die deutsche Buchpreisbindung aus Sicht der AfD nicht verhandelbar.

Außerdem messen wir dem fortgeschrittenen Spracherwerb allerhöchste Priorität zu, wenn es um die gesellschaftliche Eingliederung integrationswilliger und -fähiger Zuwanderer geht.

11.4. Für eine selbstbewusste ganzheitliche

Erinnerungskultur

Mit aller Deutlichkeit wendet sich die AfD gegen die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts. Stattdessen fordern wir eine umfassend erweiterte Geschichtsbetrachtung über viele Jahrhunderte hinweg, die überkommene Denkweisen und früheres Unrecht benennt und zugleich positive Aspekte der eigenen National- bzw.

Regionalgeschichte und -kultur identitätsstiftend umfasst. Zeitzeugengespräche mit Opfern der SED-Gewaltherrschaft müssen z.B. einen festen Platz einnehmen. Eine regelmäßige Beflagung aller Schulgebäude im Land mit unseren schwarz-rot-goldenen Nationalfarben ist endlich umzusetzen.

Einseitig durch heutige Maßstäbe motivierte Umbenennungen von Straßen und anderen Örtlichkeiten lehnen wir ab, da auf diesem Weg aus Unwissenheit und totalitärer Neigung ganze Kapitel unserer gemeinsamen Historie radikal aus dem öffentlichen Bewusstsein gestrichen werden sollen. Stattdessen sehen wir in einer den eigenen Horizont erweiternden Erinnerungskultur, einer bürgernahen Museums-, Archiv-, Bibliotheks- und Ausstellungslandschaft sowie in der Würdigung von Denkmälern, Kriegsgräberstätten und gewachsenen Ortsbildern ein starkes öffentliches Interesse. Gleiches gilt für die Einrichtung öffentlichkeitswirksamer Gedenktage. Gerade kleineren ländlichen Museen, Bibliotheken und dezentralen Ausstellungsprojekten mit ehrenamtlicher Trägerschaft sollten verstärkt Landeshilfen zuteil werden.

Eine besondere Wertschätzung verdienen nicht zuletzt das Industriedenkmal Völklinger Hütte als Weltkulturerbe.

11.5. Musik, Theater, Film

Das gemeinsame Singen und Musizieren im Rahmen des Schulunterrichts oder in den zahlreichen Chören und Orchestern im Land ist ein zentrales Element breitenwirksamer Kulturpolitik.

Was die Spielpläne an den Theatern und Opernhäusern des Landes angeht, so müssen diese die Verbreitung der wesentlichen Inhalte des deutschen Geisteslebens und der deutschen Nationalkultur zum

Ziel haben, aber selbstverständlich immer wieder auch die zeitenübergreifenden großen Persönlichkeiten und bedeutenden Werke der europäisch-abendländischen und weltweiten Kultur ins Bewusstsein rücken.

Fehlentwicklungen wie ein hochsubventioniertes, von den Interessen des Publikums mitunter vollkommen abgehobenes Regietheater sind mittels anderer Finanzierungsvorgaben zu beseitigen.

Als wichtiger Teil der Kulturförderung ist auch das Filmschaffen zu betrachten. Dessen Förderung soll sich im Kern auf die Unterstützung heimischer Produktionen beschränken.

12. Landwirtschaft

12.1 Strukturwandel heimatbewusst gestalten

Die Schönheit der vielfältigen Kulturlandschaften im ländlichen Saarland wird von bäuerlichen Familienbetrieben geprägt. Sie sind der Garant für den Erhalt von Tradition, Landschaftsbild und ländlichem Raum. Es ist der AfD daher ein besonders Anliegen, ihre Zukunft und damit unsere Heimat zu sichern. Traditionell sind Natur- und Tierschutz dabei immanente Werte. So steht die AfD für eine intensive Landwirtschaft mit hohem ökologischen Wert. Der enorme Wettbewerbsdruck innerhalb und außerhalb der EU führt jedoch zu einem immer schnelleren Strukturwandel. Die Agentur Ländlicher Raum mit ihren vielfältigen Angeboten spielt eine

wichtige Rolle bei der Lösung der komplexen Herausforderungen für die Kommunen. Ihre Expertise muss unbedingt erhalten bleiben und ausgebaut werden.

12.2 Bäuerlichen Familienbetrieben Zukunft geben

Im Wettlauf mit einer hemmungslosen Globalisierung und ideologisch motivierten Klima- und Umweltschutzauflagen fallen saarländische Betriebe zurück. Viele Betriebsleiter finden keinen Nachfolger oder Landwirtschaft wird zunehmend zum Nebenerwerb, da die bäuerlichen Familien von ihrem Einkommen nicht mehr leben können. Die AfD fordert daher einen Stopp der schleichenden Enteignung von Landwirten mittels Zwangsextensivierung durch Düngeverordnung und verpflichtende Gewässer-Randstreifen. Die Direktzahlungen im Rahmen der ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik GAP müssen erhalten bleiben. Zudem fordern wir einen konsequenten Einkommens- und Aufwandsausgleich für alle politisch verordneten Klima- und Umweltschutzmaßnahmen.

Mehr Unterstützung braucht nicht zuletzt die Vermarktung regionaler Produkte durch vereinfachte Verfahren der regionalen Kennzeichnung und Zertifizierung sowie ein bundesweites Internetportal für regionale Anbieter. Wir machen uns hier für ein „Regionalprodukte-Google“ stark.

12.3 Natur- und Tierschutz kann nur mit den Landwirten gelingen

Die saarländischen Landwirte lieben ihre Heimat, ihr Land und ihre Tiere. Die Symbiose aus Landwirtschaft und Naturschutz kann nur

mit den Landwirten und nicht gegen sie gelingen. So fordert die AfD, die regionale Schlachtung zu vereinfachen und zu stärken. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für eine weitere Einschränkung von Tiertransporten und die bessere Umsetzung von Tierschutzvorgaben. Das Saarland braucht einheitliche Verordnungen zur Fleischschau und kleine regionale Schlachtbetriebe.

Die saarländische Landwirtschaft ist auch ein Garant für den Erhalt und die Pflege der Kulturlandschaften, dörflichen Strukturen und für die Versorgung der Bevölkerung mit regional angebauten Nahrungsmitteln. Die Biolandwirtschaft im Saarland ist durch Maßnahmen der Landesregierung auf mindestens 50 % auszubauen. Die von der EU seit Jahren übermäßig unterstützen Agrarfabriken, die nur durch Kunstdünger, Pestizide und Glyphosat wettbewerbsfähig sind, müssen zu Gunsten des Ökolandbaus zurückgedrängt werden. Der Ökolandbau bringt der saarländischen Landwirtschaft langfristig höhere Erträge, weil Biolebensmittel ihren Weg vom Nischen- zum Massenprodukt finden. Bei der Ausweisung von Naturschutzgebieten ist auf die Belange von landwirtschaftlichen Betrieben zu achten.

13. Digitalisierung und Mobilfunk

13.1 Digitalisierung muss uns Menschen dienen

In der Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft sehen wir eine Chance für die Verbesserung des Lebens aller Bürger. Als freiheitliche und demokratische Partei wendet sich die AfD jedoch

gegen jeglichen Missbrauch digitaler Techniken, die zur Überwachung oder Bevormundung von Bürgern und Unternehmen führen. Wir fordern auch hier die Einhaltung des Grundgesetzes und aller rechtsstaatlichen Prinzipien bei der Erstellung und Nutzung von digitalen Diensten. Grundrechte und Meinungsfreiheit gelten auch im Internet.

Wir fordern die Aufhebung des NetzDG und Abschaffung der Upload-Filtern, denn sie beschneiden die Meinungsfreiheit und führen zu Zensur. Die AfD steht für ein freies und offenes Internet. Wichtig ist die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien auch im digitalen Bereich (Internet, soziale Medien und Plattformen).

Wir stehen für die Verpflichtung der Anbieter von sozialen Plattformen, einen diskriminierungsfreien Zugang zu ermöglichen und inhaltliche Neutralität zu wahren. Entscheidungen über die Rechtmäßigkeit von Inhalten auf Plattformen sollen regelmäßig nicht mehr beim Betreiber liegen. Die Justiz allein hat die Befugnis und die Fähigkeiten, über die Zulässigkeit von Inhalten zu entscheiden.

Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ist sowohl intern als auch in der Interaktion mit den Bürgern weiter auszubauen. Die AfD fordert die bessere finanzielle und beratende Unterstützung von Kommunen bei OZG (OnlineZugangsGesetz) – Projekten, zu denen sie vom Bund verpflichtet wurden.

Wir setzen uns dafür ein, digitale Verwaltungsprozesse zu verschlanken und zu vereinheitlichen. Das E-Government ist zeitnah weiter auszubauen. Dies ermöglicht die zeitliche Optimierung, die Aufwandsreduzierung und die Erhöhung der Transparenz der Abläufe bei Interaktionen mit den Behörden für Betriebe und Bürger.

Dem Bürger ist aber eine gleichwertige, niederschwellige, persönliche Kontaktaufnahme zu ermöglichen. Grundsätzlich soll jeder Behördengang von Bürgern in Zukunft nach seiner Wahl digital oder persönlich abgewickelt werden können. Bezahlung von Gebühren jeder Art muss mit Bargeld erfolgen können.

13.2 Mobilfunknetz: Saarland aus dem Funkloch holen

Das Saarland ist das Land der Funklöcher. Schon im europäischen Vergleich landet Deutschland in Bezug auf sein Mobilfunknetz nur auf Platz 35, im weltweiten Vergleich sogar nur auf Platz 70 – deutlich hinter Albanien. Gleichzeitig gehört das Saarland innerhalb Deutschlands zu den Schlusslichtern. Im Saarland sind 2,8% aller Zellen ohne Empfang, d.h. im kleinen Saarland gibt es mehr Funklöcher als im riesigen Nordrhein-Westfalen. Bei uns gibt es keine flächendeckende LTE- bzw. 4G-Versorgung, teilweise ist nicht einmal ein 3G-Netz verfügbar.

Diese Mobilfunk-Misere hat Folgen: Nicht nur für den Wirtschaftsstandort, sondern auch für unsere Bürger. Sie können in vielen Landesteilen gar nicht oder nicht unterbrechungsfrei telefonieren und müssen befürchten, in Notsituationen nicht erreichbar zu sein. Und sie erleben, dass ihre Immobilien, die in Funklöchern liegen, an Wert verlieren.

Schnelles Internet ist standortentscheidend. Der ganzen Bevölkerung ist hier der Zugang zum schnellen Internet zu ermöglichen. Speziell im ländlichen, wie auch im grenznahen Bereich sind die Ausbaupläne der Kommunen durch die Landesregierung zu unterstützen. Ziel ist hier eine Netzabdeckung, ähnlich den Ballungsräumen zu gewährleisten. Hier sind im

Besonderen offene Netze zu fördern.

Wir fordern daher ein landeseigenes Förderprogramm, um Mobilfunklöcher zu schließen. Dazu ist zunächst eine ehrliche Bestandsaufnahme notwendig: Anstatt die Mobilfunkabdeckung wie seitens der Landesregierung üblich pro Haushalt auszuweisen, muss sie bezogen auf die Landesfläche angegeben werden. Denn Mobilfunk wird in erster Linie genutzt, wenn man nicht zuhause ist. Nur die Abdeckung in der Fläche zeigt daher die tatsächliche Mobilfunkversorgung nachvollziehbar an.

Die AfD fordert die Förderung regionaler Strukturen auch beim Glasfaser- und Funknetzausbau nach dem Vorbild des „nationalen Roamings“. Der Netzübergang zwischen Betreibern muss für Nutzer unbemerkt und kostenneutral erfolgen. Eine Mindestabdeckung mit dem Mobilfunkstandard der vierten Generation 4G (LTE) ist hier zu garantieren. Die Genehmigungsprozeduren für neue Mobilfunkstandorte sind zu vereinfachen, mit dem Ziel kürzere Genehmigungsverfahren zu ermöglichen.

14. Energie

14.1 Für eine realistische und verantwortungsvolle Energiepolitik

Eine vernünftige, auf wissenschaftlichen und technischen Realitäten basierende Energiepolitik spielt für unsere Bürger eine wichtige soziale Rolle und ist für unsere Wirtschaft ein entscheidender Wettbewerbsfaktor. Sowohl Gewerbetreibende als auch Verbraucher

benötigen eine sichere, bezahlbare und umweltfreundliche Energieversorgung und keine irrationalen und ineffizienten Lenkungsmaßnahmen, die massive soziale Ungerechtigkeiten und Wettbewerbsnachteile im europäischen Vergleich befördern.

Der fortschreitende Ausbau von Solar- und Windenergie bei weiter steigenden Umlagekosten kann keine dauerhafte seriöse Entwicklungsbasis für ein modernes Industrieland darstellen.

Darüber hinaus sind weder Wind- noch Solarstrom grundlast- bzw. kaltstartfähig. Solange entsprechende Speichertechnik oder für Flauten vorzuhaltende Reservekraftwerke fehlen, können die erneuerbaren Energiequellen nicht noch weiter ausgebaut werden, ohne die Netzstabilität zu gefährden. Anders gesagt: Wenn der Wind nicht weht oder die Sonne nicht scheint, helfen auch 40.000 zusätzliche Windkraftanlagen im Saarland nicht weiter.

Die hiesige Energiepolitik fußt im Wesentlichen auf dem Trittbrettfahrereffekt. Man verlässt sich darauf, dass außerhalb unseres Bundeslandes entsprechende Kapazitäten vorgehalten werden, um sich selbst als vermeintliches ökologisches Musterland hinzustellen. Dies belastet jedoch Bürger wie Unternehmer und führt zu einer rapide wachsenden Landschafts- und Naturzerstörung ohne überzeugenden volkswirtschaftlichen Nutzen sowie zu einer unverantwortlichen Ressourcenverschwendung.

14.2 Strompreise senken und Windkraftausbau stoppen

Die „Energiewende“ in der bisherigen Form ist weitgehend gescheitert und schlägt mit voraussichtlichen Gesamtkosten von über einer Billion Euro zu Buche – Gelder, die an anderer Stelle viel effektiver eingesetzt werden könnten. Sie hat weder zu einer

wesentlichen Senkung der Kohlendioxid-Emissionen geführt noch den Energieverbrauch maßgeblich verringert.

Milliardenentschädigungen wurden bezahlt, um die faktischen Enteignungen im Kohle- und Atomsektor auszugleichen, selbst der Ausbau der Stromtrassen hinkt Jahre hinterher. Im Gegenzug zahlen die Deutschen die weltweit höchsten Strompreise.

Trotz stabiler bzw. tendenziell fallender Strom-Großhandelspreise steigen die Kosten für den Endverbraucher immer weiter – seit dem Jahr 2000 um über einhundert Prozent. Steuern, Abgaben und Umlagen haben sich in diesem Zeitraum beim Strom verdreifacht.

Eine „Energiewende“, die sowohl die Mittelschicht als auch sozial schwächere Haushalte hoch belastet, ist jedoch zutiefst unsozial.

Faktisch findet eine Umverteilung von unten nach oben statt:

Während Investoren die Renditen abschöpfen, verbleiben die Lasten bei Verbrauchern und Gewerbetreibenden.

Tatsache ist: Die Bürger zahlen in jedem Fall. Wird gerade kein Strom erzeugt, werden Stromimporte benötigt, die die Netzbetreiber einkaufen und dann auf den Strompreis umlegen. Wird hingegen zu viel Windstrom produziert, sind wir gezwungen, Überschüsse zu verschenken bzw. für die Stromabnahme aus dem Ausland auch noch zu bezahlen, da in Deutschland keine ausreichenden Speichermöglichkeiten zur Verfügung stehen. Selbst wenn Windanlagen etwa wegen Starkwind abgeschaltet werden müssen, gibt es weiter Vergütungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Durch den Einspeisevorrang kommt es auf die Marktfähigkeit und den tatsächlichen Strombedarf nämlich nicht an, obwohl der Zeitpunkt der Bereitstellung der Elektrizität eine enorme praktische Rolle spielt. Zudem müssen wir für jedes Windrad und für jede Solaranlage Notfallkraftwerke für die Wind- bzw. Sonnenflaute

bereithalten.

Um diesen planwirtschaftlichen Teufelskreis mittelfristig zu durchbrechen und die Strompreise zu stabilisieren, müssen grundsätzlich neue Wege gegangen werden. Ohne geeignete Stromspeicher ist der Ausbau von leistungsmäßig stark schwankenden Energieformen wie der Wind- oder der Solarenergie nicht sinnvoll. Die Versorgungssicherheit gerät langfristig in Gefahr und macht immer öfter Noteingriffe der Netzbetreiber erforderlich, um das Gesamtsystem stabil zu halten.

Bereits heute ist (bezogen auf die Landesfläche) das Saarland bei der installierten Windenergieleistung mit 204 kW pro Quadratkilometer bundesweit an sechster Stelle und liegt somit um ein Vielfaches vor Thüringen (103 kW/km²), Bayern (36 kWh/km²) und Baden-Württemberg (44 kWh/km²). Die Herren Kretschmann, Ramelow und Söder predigen permanent den Ausbau der Windenergie, halten sich aber in ihrem eigenen Bundesland vornehm zurück, um ihre links-grüne Wählerschaft nicht mit der harschen Realität einer verspargelten Landschaft zu verprellen.

Ein weiterer Ausbau der Windenergie ist im kleinen, dicht-besiedelten und hügeligen Saarland nur im Wald möglich. Dies lehnen wir absolut ab. Schon durch den Bau der Zuwegung und der Standflächen der Anlagen würden unsere Wälder dadurch einen erheblichen Teil ihrer ökologischen Funktion einbüßen. Darüber hinaus stellen die Anlagen eine tödliche Gefahr für Vögel und Fledermäuse dar. Intakte Ökosysteme würden zerschnitten, Böden versiegelt und Fundamente errichtet, um Windfabriken von der Höhe des Kölner Doms in den Wald zu stellen. Aus all diesen Gründen fordern wir als AfD ein Moratorium für den weiteren Ausbau der Windkraft im Saarland.

14.3 Infraschallgefahren und Mindestabstand von Windkraftanlagen

Der von Windkraftanlagen ausgehende Infraschall im Niederfrequenzbereich ist gesundheitsgefährdend. Es existieren zahlreiche wissenschaftliche Studien, die die Gefährlichkeit von Infraschall für Menschen thematisieren; namhafte Mediziner stützen diese These. Die Universität Mainz spricht von einer „Beeinträchtigung der Herzleistung“, ein Mindestabstand von 2000 Meter zur nächsten Wohnbebauung wird dringend empfohlen. Hinzu kommen Erkenntnisse über Schlafstörungen, Konzentrationsschwächen und grundsätzliche Auswirkungen auf das Wohlbefinden.

Als AfD möchten wir, dass keine großangelegten Experimente auf dem Rücken unserer Bürger eingegangen werden. Deswegen verlangen wir – unabhängig von der Forderung nach einem sofortigem Ausbaustopp der Windkraft – einen Mindestabstand von 2000 Metern zu Wohngebieten und Arbeitsstätten. Angesichts des absehbaren Größenwachstums und der bereits möglichen technischen Entwicklungen hin zu immer größeren Windkraftanlagen sollte dieser Mindestabstand mit der dynamischen 10-H-Regelung verknüpft werden, die in Bayern seit November 2014 gilt. Sie sieht einen Abstand von wenigstens der 10-fachen Gesamthöhe des jeweiligen Windrads zur Wohnbebauung vor. Diese Regelung sollte schnellstmöglich, insbesondere für

etwaige „Repowering“-Maßnahmen, umgesetzt werden.

14.4 Bundesweite Abschaffung des EEG in die Wege leiten

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist Hauptpreistreiber und wesentlicher Grund für den massiven Ausbau von Windenergieanlagen und Photovoltaik. Ohne diese fehlerhaften Anreize käme wohl kaum jemand auf die Idee, Windenergieanlagen in den windschwächsten Regionen im Saarland zu errichten, da deren Energieausbeute mit Anlagen in Norddeutschland bzw. im Offshore-Bereich nicht ansatzweise konkurrieren kann.

Das völlig ineffiziente EEG ist deswegen abzuschaffen. Die gigantischen Zahlungsverpflichtungen sind einmalig in den allgemeinen Haushalt zu überführen, um insbesondere die Unternehmen aufgrund der sich verschärfenden wirtschaftlichen Lage zu entlasten. Perspektivisch wird eine Abschaffung des EEG auch eine Deckelung bei den Netzentgelten bewirken und den weiteren Anstieg der Strom-Nebenkosten verhindern.

14.5 Mehr Ehrlichkeit bei der CO₂-Debatte

Die CO₂-Debatte wird auch im Saarland nicht ehrlich geführt. Während auf der einen Seite sehr stark auf die Vermeidung von Kohlendioxid abgestellt wird, nimmt die Politik die grundlastfähige, CO₂-freie Kernenergie aus dem bundesdeutschen Strommix heraus. Diese hätte als Übergangstechnologie jedoch durchaus eine Rolle spielen können. Hinzu kommt der stark forcierte Kohleausstieg, der ganze Regionen wirtschaftlich schwer trifft und die Versorgungssicherheit in Zukunft noch weiter gefährdet.

Solange keine ausreichenden Speichermöglichkeiten bestehen, müssen Wärmekraftwerke das Rückgrat der saarländischen Stromversorgung sein. Nur sie bieten eine gesicherte Stromlieferung ohne Schwankungen von Spannungen und Frequenz.

Erneuerbaren Energien stehen wir dann positiv gegenüber, wenn diese grundlastfähig und umweltschonend sind, wie etwa die neue Technologie der Fluss-Schachtkraftwerke. Aufgrund vielversprechender Testergebnisse beim Forschungsreaktor „ITER“ könnte auch die Technologie der Kernfusion eine nachhaltige Lösung darstellen. Sollte sie sich als praxistauglich erweisen, käme dies einer energiepolitischen Revolution gleich.

14.6 Technologieoffene Entwicklung aller Antriebstechnologien

Die AfD steht für eine technologieoffene Weiterentwicklung aller Antriebstechnologien einschließlich des Verbrennungsmotors und der Diesel-Technologie und gegen die einseitige Förderung der Elektromobilität. Auch der Einbindung der Erneuerbaren Energien und anderer neuer Technologien wie etwa der verstärkten Wasserstoffnutzung stehen wir aufgeschlossen gegenüber – jedoch ohne Zwang und horrenden Subventionen und ohne indirekte staatliche Planwirtschaft hinsichtlich der Produktpaletten der Autohersteller.

Ein Verzicht auf fossile Brenn- und Kraftstoffe ist gegenwärtig nicht sinnvoll und in dem von den Regierungen in Berlin und Saarbrücken verkündetem Ausmaß auch gar nicht möglich. Wer bei den Bürgern einen gegenteiligen Eindruck zu erwecken versucht, betreibt keine

seriöse Politik.

14.7 Verbrauchsreduktion und Energieeffizienz ganzheitlich betrachten

Administrative Vorgaben zur Verbrauchsreduktion dürfen sich nicht einseitig auf den Strommarkt richten. Zudem muss bei der Förderung der Energieeffizienz durch staatliche Anreize auf Technologieneutralität geachtet werden.

Um die regionale Wertschöpfung zu fördern, sind der Ausbau von Grünschnittplätzen mit einer lokalen thermischen Verwertung und der Anschluss an das jeweilige Nahwärmenetz zu begrüßen. Die sinnvolle Nutzung beispielsweise von Umweltwärme, insbesondere flacher Geothermie, ist als tragfähiger Baustein im Bereich der erneuerbaren Energien weiter auszubauen.

14.8 Energieverbrauch in Gebäuden: Verhältnismäßigkeit wahren

Wärmedämmung und Energiesparen in Wohnhäusern und Bürogebäuden sollte gefördert werden, soweit dies wirtschaftlich gut begründet ist und nicht in erster Linie der ideologisch motivierten Durchsetzung alternativer Energiequellen dient.

Unverhältnismäßige Maßnahmen und Kosten für die Bürger und Unternehmen lehnen wir prinzipiell ab – gerade angesichts des aktuell stark belasteten wirtschaftlichen Umfelds. Die Sanierung von Bestandsgebäuden sollte nicht per Anordnung durchgesetzt, sondern durch entsprechende Anreize seitens des Landes im Konsens mit den Eigentümern gefördert werden.

15. Tourismus und Gastronomie

15.1 Tourismus ist wichtig für das Saarland

Der Tourismus ist im landschaftlich wie kulturgeschichtlich sehr reizvollen Saarland ein wichtiges politisches Querschnittsthema. Sein volkswirtschaftlicher Nutzen lässt sich zwar kaum beziffern, doch das touristische Image und das Freizeit-Angebot einer Region oder eines Bundeslandes sind nicht zu unterschätzende Faktoren für Gewerbeansiedlungen, Fachkräftegewinnung und die dauerhafte Bindung gerade gut ausgebildeter jüngerer Arbeitnehmer mit Familien.

Darüber hinaus handelt es sich bei den im Tourismus- und Gaststättengewerbe tätigen Anbietern und Arbeitgebern weitgehend um in der Region verwurzelte Mittelständler, die in besonderer Weise Traditionsbewusstsein und Stabilität gewährleisten.

15.2 Für ein Reiseland mit jungem Image

Die Zukunft des Saarlands insgesamt, aber auch in touristischer Hinsicht gründet sich zu einem erheblichen Teil auf den kommenden Generationen, also den Familien oder den Alleinerziehenden mit Kindern. Die Jugend muss deshalb auch beim touristischen Marketing und bei gezielten Förderprogrammen schwerpunktmäßig in den Blick genommen werden, etwa wenn es um die Nachwuchsförderung beim Wander- und Hüttentourismus, um die Anziehungskraft von Kultur- und Städtereisen oder um den Campingtourismus geht. Auch den Angeboten von „Ferien auf dem

Bauernhof“ und der Zukunftssicherung unserer Jugendherberg gebührt erhöhte Aufmerksamkeit.

Ganz allgemein kann das Saarland nicht nur vor dem Hintergrund des Coronageschehens mit faszinierenden Alternativen eines Urlaubs in der engeren Heimat und jenseits des Massentourismus punkten. Ein sich abzeichnendes neues Reiseverhalten unter den Vorzeichen von mehr Regionalität und Nachhaltigkeit eröffnet kurz-, mittel- und längerfristig große Marktchancen. Diese sind von der Politik mit gezielten Anstrengungen zur Verlängerung der Saison bis in die Wintermonate zu verknüpfen.

15.3 Natur und Kultur schützen – „Verspargelung“ ganzer Landschaften stoppen

Als wesentliche Grundlage für einen sich gut entwickelnden Tourismus sehen wir als AfD die Bewahrung der Natur- und Kulturlandschaften sowie die aus einem in der Bevölkerung breit verankerten Geschichts- und Heimatbewusstsein resultierende Instandhaltung von Denkmälern und gewachsenen Stadt- und Ortsbildern.

Die im Zuge der sogenannten „Energiewende“ zu beobachtende Verschandelung ganzer Regionen durch Windräder und große Photovoltaik-/Solarfelder muss vor diesem Hintergrund als Gefahr für den Freizeit- und Erholungswert unseres Bundeslandes erkannt werden.

15.4 Kleinräumigkeit als Chance sehen

Die kleinräumige Vielgestaltigkeit unseres Bundeslandes sehen wir

als Chance für eine Profilierung durch Bündelung der für sich genommen bereits attraktiven regionalen Destinationen. Regionalmarken, regionale Spezialitäten, heimische landwirtschaftliche Produkte und regionales Handwerk müssen die Grundlage für ein Gesamtmarketing darstellen, das den Weinbau sowie den Wandertourismus als zentrale Besonderheiten herausstellt. Zur Bewerbung dieser „Markenfamilie“ ist das bewährte „Drei-Ebenen-Modell“ als Grundstruktur des Tourismus im Saarland im Sinne einer effektiven und besser koordinierten Aufgabenteilung zu reformieren.

15.5 Infrastruktur verbessern, Bürokratie abbauen

Der zur Stärkung des ländlichen Raumes unabdingbare Erhalt bzw. Ausbau der Infrastruktur (Straßen, Schienennetz, Wasserwege, attraktive Radwege, Breitbandausbau u. a.) ist auch ein entscheidender Faktor zur Stärkung des Hotel- und Gastgewerbes und als solcher mit aller Kraft zu unterstützen.

Vor allem bei der Digitalisierung sehen wir „viel Luft nach oben“. Hier gibt es großes Potential zum Beispiel hinsichtlich der Sichtbarkeit saarländischer Attraktionen im Netz und in den sozialen Medien, dem elektronischen Hotelreservierungssystem oder im Bereich der „Augmented Reality“.

Als AfD kritisieren wir die den Tourismus in Mitleidenschaft ziehenden überbordenden bürokratischen Vorschriften etwa beim Brandschutz, der Barrierefreiheit oder bei der Parkplatzausweisung. Unter anderem halten wir es für überfällig, die entsprechenden Hürden für Konzessionsvergaben an sogenannte Übergabebetriebe herabzusetzen. Die Vergabemodalitäten bei Pächterwechseln,

Erbfällen oder anderen Übernahmen sollten sich weniger an festen Stichtagen orientieren, sondern flexible Zeitkorridore von ein bis drei Jahren vorsehen. Während dieser dürften im Sinne eines bis dato fehlenden Bestandsschutzes keine Regeländerungen von Bauvorschriften etc. zur Anwendung gebracht werden.

15.6 Gastronomie unterstützen, Kneipensterben verhindern

Als Folge der Coronakrise erleben wir einen beschleunigten Niedergang insbesondere kleinerer gastgewerblicher Betriebe mit zahlreichen Insolvenzen. Diesem „Kneipensterben“ muss mit aller Kraft entgegengewirkt werden, da die Gasthöfe im ländlichen Raum, aber auch in den Städten eine äußerst wichtige Ankerfunktion besitzen. Sie sind unverzichtbare soziale Kontakträume und vielfach Treffpunkte der örtlichen Vereine.

Zur Unterstützung der Gastronomie und Hotellerie fordern wir deren Anerkennung als Saisonarbeitsbranche und regen ein spezielles Förderprogramm für Gaststätten im ländlichen Raum nach dem Vorbild Bayerns an. Bürokratieungetüme wie die sogenannte Bettensteuer lehnt die AfD ab.

Die derzeitigen Regelungen des Arbeitszeitgesetzes (ArbZG) in Bezug auf die werktägliche Arbeitszeit von grundsätzlich acht Stunden und die diesbezüglichen Ausnahmeregelungen, die eine Ausdehnung der täglichen Arbeitszeit auf bis zu zehn und unter sehr engen Voraussetzungen bis zu zwölf Stunden ermöglichen, werden den Bedürfnissen des Hotel- und Gaststättengewerbes nicht mehr gerecht. Zusätzliche Flexibilisierungsmaßnahmen erachtet die AfD als unabdingbar, diese müssen jedoch mit den Anforderungen des Arbeitszeitgesetzes und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer in Einklang gebracht werden.

Wertvolle gewachsene Strukturen wie die Hotelfachschulen sind aus Gründen der Qualitätssicherung und der zuverlässigen Fachkräftegewinnung unbedingt in der Fläche zu erhalten.

15.7 Heilbäder und Kurorte zukunftsfähig machen

Die Heilbäder und Kurorte haben für den Tourismus im Saarland ein großes Potenzial. In Zeiten erschwerter gesundheitspolitischer Rahmenbedingungen einerseits und einer immer älter werdenden deutschen Bevölkerung andererseits verspricht eine zukunftsgerichtete Entwicklung dieses Sektors enorme Chancen. Der Gesundheitsmarkt gilt zu Recht als einer der wichtigsten Wachstumsmotoren für die Wirtschaft des 21. Jahrhunderts. Die hiesigen Kurorte und Heilbäder müssen sich dringend neue Zielgruppen erschließen und ihre Infrastruktur auch dem Urlaubs-, Erholungs- und Gesundheitstourismus zur Verfügung stellen.

16. Verkehr

16.1 Für eine leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur

Das Fundament von Wachstum, Wohlstand und Arbeit bilden Infrastruktur und Mobilität. Ohne Mobilität keine Prosperität, das ist ein ökonomisches Grundprinzip. Das Saarland ist ein Logistikstandort von internationalem Rang. Rund 70 Mio. t werden hier per LKW pro Jahr transportiert. Mit einer Lenkzeit von 18 Stunden erreicht man vom Saarland den größten Teil Europas. Rund 550 Logistikunternehmen und -institutionen bieten ihre Dienste an. Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist eine wichtige Voraussetzung für die Mobilität der Bürger und die Gründung,

Ansiedlung und Arbeit von Unternehmen und Forschungseinrichtungen und somit ein wichtiger Standortfaktor für das Saarland.

Daher setzen wir uns für bessere Straßen und Brücken im Saarland ein und möchten Lücken und Engpässe im Fernstraßennetz beseitigen.

Die AfD steht für einen effektiven ÖPNV und Fernverkehr und will den Güterverkehr auf Schiene und Wasserstraßen lenken und die Bürger vor Lärm schützen. Wir kämpfen für die individuelle Mobilität der Bürger und gegen die Diskriminierung von Autofahrern.

16.2 Lücken und Engpässe beseitigen

Straßen, Bahnverbindungen und Internet helfen bei der Anbindung des ländlichen Raumes und mindern den Druck auf den Wohnungsmarkt in den Ballungsräumen. Daher müssen bestehende Lücken und Engpässe im Fernstraßennetz beseitigt werden. Hier gibt es viel zu tun.

Autofahrer standen im Saarland im letzten Jahr vor der Pandemie 2019 fast 2800 Stunden im Stau, umgerechnet also fast 117 Tage. Das waren fast 600 Stunden mehr als 2018.

Der größte saarländische Staugenerator ist der Übergang der A623 in die Camphausener Straße in den Ludwigskreisel.

Die A1 endet nach wie vor mitten in Saarbrücken. Ihre „Verschwenkung“ ist seit Jahrzehnten politischer Zankapfel. Zudem ist die A620, also die Hauptverkehrsachse zwischen Saarbrücken und Saarlouis, nur zweispurig ausgebaut, und über weite Strecken fehlen Standstreifen auf beiden Seiten, was bei jeder Störung zu erheblichen Staus führt. Die Nordsaarlandstraße ist auch nach 30 Jahren nicht über die Studienphase hinausgekommen.

Angesichts dieser bekannten Engpässe ist es absolut unverständlich, warum nur 0,2% aller Investitionen des Bundeswegeplan 2030 im Saarland getätigt werden. Dies ist eine Bankrotterklärung der Altparteien. Hier entsteht nicht Großes im Kleinen, hier entsteht gar nichts.

16.3 Zustand der Straßen verbessern

Die Beschaffenheit der Straßen im Land ist besorgniserregend schlecht.

Der schlechte Zustand der Straßen im Saarland beeinflusst die Geschäfte der saarländischen Handwerksbetriebe negativ. Mit ausreichend bis mangelhaft bzw. von „gerade noch befahrbar“ bis „eigentlich unbefahrbar“ beurteilen 33,8 Prozent der Unternehmen den Straßenzustand im Saarland. Ein Drittel der befragten Unternehmer ist davon überzeugt, dass durch den schlechten Zustand der Infrastruktur für ihre Betriebe zusätzliche Kosten entstehen, zum Beispiel durch Standzeiten im Verkehrsstau. Der Zeitverlust, den ein Unternehmen aufgrund der mangelhaften Strafen erleidet, wird von der HWK des Saarlandes auf 4,3 Stunden pro Woche geschätzt.

Darum wollen wir die Mittel für den Landesstraßenbau schrittweise und dauerhaft erhöhen und die Planungskapazitäten beim LfS ausweiten. Um die ausgeschriebenen Stellen auch besetzen zu können, müssen die Gehälter im öffentlichen Dienst konkurrenzfähig zu unseren Nachbarländern gemacht, die Arbeitsbedingungen beim LfS attraktiv gestaltet und beides ansprechend und zielgruppenorientiert vermarktet werden. Um die Belastung der Bürger durch baustellenbedingte Staus zu

minimieren, ist die Baustellendauer durch ein besseres Baustellenmanagement mit guter Planung und wirksamer Kontrolle des Ablaufs und der Auftragsnehmer sowie Bonus-Malus-Systeme bei Straßenbauaufträgen so kurz wie möglich zu halten.

16.4 Effektiven ÖPNV und Fernverkehr gewährleisten

Eine Verkehrswende kann nicht von oben verordnet werden, sondern muss erkennbar den Interessen der Bürger dienen und sie überzeugen. Vor diesem Hintergrund setzen wir auf die freie Entscheidung der saarländischen Bürger, was die Wahl ihrer Verkehrsmittel angeht.

Wenn wir sichere Radfahrwege und attraktive ÖPNV-Angebote schaffen, werden diese auch angenommen. Der Radverkehr in den Innenstädten ist daher durch die verbesserte Gestaltung von Radwegen sicherer zu machen, ohne dadurch den übrigen Verkehr unangemessen zu behindern. Beim ÖPNV brauchen wir, insbesondere im ländlichen Raum, eine bessere Taktung.

Gleichzeitig muss er bezahlbar bleiben oder werden, sollte aber – von Schülertickets abgesehen – nicht kostenlos sein.

Im Rahmen der anstehenden Novellierung des Nahverkehrsgesetzes möchte die AfD den ÖPNV zur kommunalen Pflichtaufgabe machen und die Kommunen dafür finanziell besser unterstützen. Bei der Organisation der Zweckverbände im Nahverkehrsgesetz ist aus unserer Sicht das Subsidiaritätsprinzip zu wahren.

Ob der ÖPNV auf der Schiene oder mit dem Bus betrieben wird, hängt von wirtschaftlichen Erwägungen an.

16.5 Güterverkehr auf Schiene und Wasserstraßen lenken

Der Güterverkehr muss, wo immer möglich, von der Straße auf Schiene und Wasserwege verlagert werden.

Das saarländische Schienennetz ist nur zu 80 Prozent elektrifiziert. Auch weit einhundert Jahre nach ihrem Bau sind weder die Illtalbahn, noch die Würzbachtal- oder die Niedtal-bahn elektrifiziert. Es ist unverständlich, warum Anke Rehlinger als Verkehrsministerin keine Maßnahme zur Elektrifizierung dieser Bahnstrecken beim Förderprogramm „Elektrische Güterbahn“ des Bundes angemeldet hat. Somit ist ein durchgängiger Güterverkehr auf diesen Strecken fast genauso unmöglich wie ein betrieblich kostengünstiger Personenverkehr mit Elektrofahrzeugen. Auch die Strecke Homburg – Zweibrücken muss so schnell wie möglich wieder in Betrieb genommen werden.

Die Standards für den Schallschutz an bestehenden Bahnstrecken bedürfen einer Erhöhung. Dabei sollte sich das Land finanziell engagieren. Die AfD begrüßt die lange überfällige verpflichtende Einführung der Flüsterbremse zum Ende des Jahres 2020 und fordert eine engmaschige Kontrolle der Umsetzung.

16.6 Individualverkehr garantieren, Dieselfahrverbote verhindern

Das Saarland ist und bleibt ein Autoland – und das ist gut so! In unserem Pendlerland mit seinen ländlichen Räumen bleiben zahlreiche Bürger selbst mit einem optimierten ÖPNV auf das Auto angewiesen, um ihrer Arbeit nachkommen zu können. Darüber hinaus bedeutet das Automobil individuelle Mobilität und Freiheit

für die Menschen.

Autofahren muss deshalb erschwinglich bleiben und darf nicht diskriminiert oder moralisch verurteilt werden. Die Autofahrer sind mit Steuern und Abgaben schon genügend belastet, eine CO₂-Steuer und vergleichbare zusätzliche Belastungen lehnt die AfD ab. Ebenso setzen wir uns entschieden gegen Diesel-Fahrverbote ein, die eine inakzeptable Einschränkung der Mobilität der Bürger und faktisch eine kalte Enteignung der Dieselfahrer darstellen, deren Fahrzeuge in den letzten Jahren massiv an Wert verloren haben.

16.7 Verbrennungsmotor weiter entwickeln

Die AfD steht für eine technologieoffene Förderung der Weiterentwicklung aller Antriebstechnologien einschließlich des Verbrennungsmotors und der Diesel-Technologie und gegen die einseitige Förderung der Elektromobilität.

Deutsche Ingenieurskunst hat schon Erhebliches geleistet, um die Umweltauswirkungen des Verkehrs zu reduzieren. So konnten die Emissionsgrenzwerte für Dieselfahrzeuge bei Stickoxiden von 500mg/km im Jahr 2000 auf aktuell 80mg/km gesenkt werden, bei Feinstaub von 50 Partikel/km auf 4,5 Partikel/km. Die neuen Standards gelten zudem unter verschärften Messbedingungen. Der Verbrennungsmotor und dabei insbesondere auch der Diesel-Motor bieten weiterhin viel Entwicklungspotenzial.

16.8 Straßenausbaubeiträge abschaffen

Straßenausbaubeiträge sind ungerecht und ineffizient, verursachen hohe Kosten für die Verwaltung durch Rechtsstreitigkeiten und

stellen eine unangemessene Belastung für Anwohner und Kommunen dar.

Die AfD kämpft daher weiterhin für die vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und wird entsprechende Anträge und einen neuen Gesetzesentwurf in den Landtag einbringen.

17. Frauenpolitik und Genderideologie

17.1 Gleichberechtigung statt Gleichmacherei

Jeder Mensch ist ein einzigartiges Individuum. Trotz dieser Vielfalt, die unser Leben und unsere Gesellschaft bereichert, haben alle Menschen die gleiche Würde und die gleichen Rechte. Daher heißt es in Artikel 3 des Grundgesetzes: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Zu diesen Prinzipien bekennt sich die AfD uneingeschränkt.

Gleichzeitig lehnen wir eine ideologisch motivierte Gleichstellungspolitik ab, die nicht auf Gleichberechtigung, sondern auf Gleichmacherei abzielt und dabei die Unterschiedlichkeit der Geschlechter letztlich negiert.

Frauen und Männer müssen selbst entscheiden dürfen, wie sie ihr Leben gestalten. Es ist nicht Sache des Staates, hier in irgendeiner Form lenkend einzugreifen. Die von Linken und Grünen gezielt betriebene Auflösung „traditioneller Rollenbilder“ lehnen wir als bevormundend ab. Wie Mütter und Väter die Aufgaben innerhalb ihrer Familien verteilen, ist ganz allein ihre Entscheidung und fällt

nicht in die Zuständigkeit der Politik.

17.2 Respekt und Anerkennung für Frauen und Mütter

Frauen setzen andere Prioritäten als Männer und sie bekommen Kinder. Nicht weil sie müssen, sondern weil sie wollen. Frauen, die sich ganz bewusst und freiwillig dafür entscheiden, der Mutterrolle in einer bestimmten Zeit ihres Lebens den Vorrang einzuräumen, dürfen nicht diskriminiert werden, sondern verdienen unseren Respekt und unsere Anerkennung. Wir brauchen keine Gleichstellungsbeauftragten, die Frauen sagen, was richtig und gut für sie und ihre Familien ist.

Was wir dagegen brauchen, sind mehr Kinder und mehr gemeinsame Zeit für unsere Familien. Kita-Erziehung und die Erziehung zu Hause müssen deshalb finanziell gleichwertig unterstützt werden.

17.3 Frauenquoten bringen neue Diskriminierungen

Frauenquoten in Politik und Wirtschaft greifen tief in Freiheitsrechte ein und schaffen neue Diskriminierungen. Wir lehnen sie daher grundsätzlich ab. Nicht das Geschlecht, sondern Eignung und Leistung müssen die entscheidenden Kriterien bei der Zuteilung von Aufgaben und Funktionen sein. Statt einer staatlich verordneten Lobby- und Gleichstellungspolitik fordern wir daher die Sicherstellung von Chancengerechtigkeit und gesellschaftlicher Freiheit für Männer wie Frauen.

17.4 Staat muss Sicherheit gewährleisten

Es ist die Aufgabe des Staates, das Sicherheitsbedürfnis von Frauen ernst zu nehmen und ihren Sicherheitsanspruch umfassend zu gewährleisten. Dies gilt insbesondere im Hinblick darauf, dass wir in den vergangenen Jahren nicht nur fremde Traditionen und kulturelle Konflikte, sondern auch Frauenbilder importiert haben, die mit den freiheitlich demokratischen Werten unseres Grundgesetzes unvereinbar sind. Alle Frauen, die in Deutschland leben, haben Anspruch auf die uneingeschränkte Geltung des Grundgesetzes.

17.5 Gegen totalitäre Geschlechterpolitik

Die von der Gendertheorie betriebene Dekonstruktion der Geschlechter ist eine unwissenschaftliche Ideologie. Der Versuch, sie den Menschen staatlicherseits ohne ausreichende demokratische Legitimation und mit milliardenschweren Programmen auf allen politischen Ebenen aufzuzwingen, weisen wir als totalitäre Anmaßung zurück. Genderlehrstühle an unseren Hochschulen sind abzuschaffen.

18. Sozialpolitik

18.1 Unsere Soziale Marktwirtschaft ist ein Erfolgsmodell

Gesellschaftspolitik und Sozialpolitik sind eng miteinander verwoben. So bestimmen die Politikfelder Bildung, Infrastruktur und

Wirtschaft, aber auch Finanz-, Zins- und Währungspolitik darüber, wie und an wen Wissen, Arbeit und gesellschaftlicher Mehrwert verteilt werden.

Die verfehlte Gesellschaftspolitik der Altparteien lässt den erzeugten Mehrwert ins Ausland abfließen, schafft und importiert Armut und führt zu einem immer weiter ausufernden Sozialstaat. Die AfD als bürgernahe, realitätsbezogene und innovative Volkspartei kämpft daher nicht nur für eine sinnhafte Gesellschaftspolitik, sondern betreibt auch eine breit angelegte Programmarbeit im Hinblick auf die zwei Kernelemente des Sozialstaates: Sozialversicherungen und soziale Hilfen. Dabei steht für uns der Erhalt der sozialen Marktwirtschaft und der Generationengerechtigkeit im Vordergrund.

Die AfD bekennt sich zum erfolgreichen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell der Sozialen Marktwirtschaft. Diese garantiert die Freiheit des Einzelnen ebenso wie sie zur sozialen Verantwortung verpflichtet. Erhalt und Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft zum Wohle des deutschen Volkes hat für uns oberste Priorität.

Die Soziale Marktwirtschaft ist eine deutsche Errungenschaft und weltweit beispielgebend für eine wirtschaftlich wie sozial auf Ausgleich bedachte, höchst erfolgreiche subsidiäre Gesellschaft. Wer die Realität anerkennt, weiß, dass es keine „globale soziale Marktwirtschaft“ gibt und geben kann. Fehlende demokratische Werte und Strukturen, religiöses Dominanzstreben und die Selbstsucht von Eliten verhindern eine gerechte Verteilung von Ressourcen und den notwendigen sozialen Ausgleich. Eine Soziale Marktwirtschaft braucht daher den Schutz nationaler Begrenzung und die gesellschaftliche Mitverantwortung der im eigenen

Staatswesen tätigen Unternehmen. Zudem braucht sie Handelsabkommen zu fairen Bedingungen und Standards.

Die AfD setzt sich außerdem für demokratische und subsidiäre Strukturen in der Europäischen Union ein. Gesamteuropäische Sozialversicherungen lehnen wir ab, da diese nicht der Absicherung der deutschen Beitragszahler dienen, sondern zu deren Lasten gehen.

18.2 Recht auf Eigentum bewahren

Die AfD bekennt sich zum grundgesetzlich geschützten Recht auf Eigentum und sieht sich verpflichtet, dieses vor übermäßigen Eingriffen des Staates zu bewahren. Das Recht auf Eigentum ist Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und damit für die Freiheit eines jeden Einzelnen. Alle Deutschen sollen das Recht haben, über ihr Eigentum grundsätzlich eigenverantwortlich zu entscheiden.

Das Recht auf Eigentum ist nach Artikel 14 des Grundgesetzes gewährleistet und verbindet sich im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft mit gesellschaftlicher Verpflichtung. Steuereinnahmen und Abgaben sind grundsätzlich sinnvoll, effizient und zum Wohle des deutschen Volkes einzusetzen. Der Aufwand für ihre Erhebung und Verwaltung muss erheblich verringert werden.

18.3 Steuerlasten verringern und gerechter gestalten

Die in Deutschland ansteigende Armut geht auch auf die Unersättlichkeit des Staates zurück. Vor allem Familien sind von der enormen Steuer- und Abgabenlast und der fehlenden Honorierung der Erziehungsleistung betroffen. Mit einem Familiensplitting will

die AfD die Erziehungsleistung von Eltern anerkennen und Familien steuerlich entlasten. Ideologische und weitgehend wirkungslose Umwelt- und Klimasteuern lehnen wir ab. Straßenausbaubeiträge sind abzuschaffen, die Steuern auf Grundbesitz zu minimieren. Die Doppelbesteuerung und Doppelverbeitragung von Einkommen und Renten ist zu beenden.

18.4 Den Sozialstaat als nationale Gemeinschaft zukunftsfähig machen

Nur eine sparsame Politik kann auch eine vernünftige sein. Ein dieser Maxime massiv zuwiderlaufender Umgang mit dem Volksvermögen muss für die verantwortlichen Politiker und Entscheidungsträger persönliche Konsequenzen haben.

Finanzielle Hilfen für notleidende Menschen und Katastrophenopfer sind aus Sicht der AfD eine moralische Selbstverständlichkeit. Der Umfang solcher Unterstützungen darf jedoch nicht die nationale Gemeinschaft, die Investitionsfähigkeit und die Zukunftsfähigkeit Deutschlands selbst in Frage stellen. Ausländer, die temporär Schutz in Deutschland suchen, müssen sich der Hilfe würdig erweisen. Anderenfalls sind sie umgehend abzuschieben. Wer Mitglied der deutschen nationalen Gemeinschaft werden will, muss die prinzipielle Fähigkeit besitzen, sich in die Gesellschaft zu integrieren und seinen Lebensunterhalt und den seiner Familie selbst zu bestreiten. Die Leistungen der Sozialversicherungen sollen nur dann zur Verfügung stehen, wenn eine Mindestbeitragszahlungsdauer vorliegt.

18.5 Für Chancengleichheit, Subsidiarität und das Konnexitätsprinzip

Die AfD setzt sich für die Chancengleichheit aller deutschen Bürger ein. Jeder Deutsche soll vom gesamtgesellschaftlich geschaffenen Mehrwert profitieren, nicht zuletzt entsprechend seiner Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft. Die AfD steht dabei für Eigenverantwortung, bürgerliches Engagement und das Subsidiaritätsprinzip; sie fördert das Ehrenamt.

Der Leistungswille ist die zentrale Grundlage für den gesamtgesellschaftlichen Mehrwert und die darauf aufbauende Solidarität eines Gemeinwesens. Wer jedoch in eine existentielle Notlage gerät, hat Anspruch auf gesellschaftliche Hilfe. Dabei strebt die AfD eine Entbürokratisierung an und will den Betroffenen den Zugang zu Unterstützungen vereinfachen. Eine wirksame und effiziente Sozialberatung steht für uns an erster Stelle. Die zuständigen Behörden müssen sich dem Bürger gegenüber als Dienstleister verstehen.

Die AfD erkennt an, dass der Sozialstaat seine Wirkung im Wesentlichen auf kommunaler Ebene entfaltet. Das subsidiäre Prinzip erlaubt die optimale Anpassung an regionale und persönliche Gegebenheiten und die bestmögliche Einbindung des Ehrenamtes in die Sozialarbeit. Gleichwertige Lebensverhältnisse können allerdings nur von starken und finanziell ausreichend leistungsfähigen Kommunen gewährleistet werden. Deshalb setzen wir uns für eine gute Finanzausstattung der Kommunen durch Bund und Länder sowie eine strikte Durchsetzung des Konnexitätsprinzips ein. Wir wollen prüfen, inwieweit definierte Sozialausgaben der Kommunen als Vorabzug vom Steueraufkommen vor der Aufteilung mit Bund und Ländern abzugsfähig werden können.

18.6 Sozialversicherungen erhalten und weiterentwickeln – Rente sichern

Die AfD bekennt sich uneingeschränkt zu unseren seit Jahrzehnten bewährten Sozialversicherungen und betont ihren hohen Wert für die Soziale Marktwirtschaft. Wir verstehen uns als Garant für ihren Erhalt und sind bestrebt, die Sozialversicherungen im erforderlichen Maße weiterzuentwickeln. Dabei möchten wir insbesondere Familien mit Kindern gefördert wissen und würdigen diese als tragende Säule des Sozialstaates.

Da unsere Sozialversicherungen zunehmend durch die demographische Entwicklung, wachsende Armut, Erweiterung des Leistungsumfanges, Unterfinanzierung von Leistungserbringern und die unregelte Masseneinwanderung an funktionelle und finanzielle Grenzen geführt werden, setzen wir uns für die Entlastung und neuerliche Stärkung der Sozialversicherungen ein und verlangen einen fairen Lastenausgleich. Maßgebliche Handlungsfelder dafür sind die Entbürokratisierung, die Erzielung von Effizienzgewinnen sowie die steuerliche Finanzierung versicherungsfremder Leistungen.

Unsere Sozialversicherungen dienen der sozialen Sicherung der Beitragszahler und ihrer Familien; sie garantieren einen solidarischen Ausgleich zwischen diesen und unter den Generationen. Keinesfalls dürfen sie als politische Verfügungsmasse oder Finanzreserve missbraucht werden. Ihre Finanzierung muss ausreichend und so gestaltet sein, dass auch künftige Generationen von ihnen profitieren können. Es ist ein Frevel an der deutschen Jugend, wenn die aktuelle Politik immer aufs Neue die Verschiebung enormer finanzieller Lasten in die Zukunft betreibt.

Die AfD bekennt sich zum Generationenvertrag der gesetzlichen Rentenversicherung. Gemeinsam mit Versorgungswerken und staatlichen Pensionen sichert dieser finanzielles Auskommen und gemeinschaftliche Teilhabe im Alter. Dabei möchten wir Eltern im Hinblick auf ihre Erziehungsleistung bei den Rentenbeiträgen finanziell entlasten. Auch Pflegende, die sich um Angehörige oder Anvertraute kümmern, wollen wir stärker unterstützen. Weitergehende Leistungen für Familien müssen auf ihre Finanzierbarkeit und rechtliche Umsetzbarkeit geprüft werden. Darüber hinaus wollen wir erreichen, dass Berufspolitiker in Zukunft Mitglieder der gesetzlichen Rentenversicherung werden oder in Versorgungswerke einzahlen. Die Gewährung einer zusätzlichen Politiker-Pension lehnen wir ab.

18.7 Wertschöpfungsabgabe und Digitalsteuer einführen

Die Soziale Marktwirtschaft vereint Ansprüche einer freien, leistungsorientierten Gesellschaft mit sozialer Verantwortung. Dies sollte für Bürger und Unternehmen gleichermaßen gelten. Es ist daher nicht nachvollziehbar und im Hinblick auf den Wandel in der Arbeitswelt auch nicht nachhaltig, dass die Bürger ihre Beiträge zu den Sozialversicherungen nach Leistungsfähigkeit entrichten, während die Unternehmen lediglich nach Anzahl und Höhe der Einkommen ihrer Beschäftigten Sozialabgaben beitragen. Eine solche Beitragsbemessung bestraft Unternehmen mit hoher Beschäftigungsrate und fördert unsoziale Geschäftsstrategien wie Lohndumping und fortwährenden Arbeitskräfteabbau.

Die AfD Saarland setzt sich daher für die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe ein, welche den Arbeitgeberanteil der aktuell paritätisch finanzierten Sozialabgaben ersetzt und damit eine

automatisierungs-, digitalisierungs- und demografiefeste Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme erlaubt. Für global tätige Unternehmen, insbesondere Online-Konzerne, fordern wir eine Digitalsteuer. Die Nutzung steuerlicher Schlupflöcher, auch mangels eigener Niederlassungen in Deutschland, muss beendet werden.

18.9 Sozialen Wohnungsbau und Wohneigentum fördern

Jeder Mensch hat das Recht auf eine Heimstatt, in der er menschenwürdig leben kann. Die AfD setzt sich deshalb für die Schaffung sozial geförderten Wohnraums ein.

Jahrzehntelang wurden in unserem Land Eigentumsförderung und sozialer Wohnungsbau vernachlässigt. Infolge dessen geben die deutschen Bürger einen großen Teil ihres Einkommens für Miete aus und befinden sich im Hinblick auf das durchschnittliche Familienvermögen auf den hintersten Plätzen unter den Euro-Staaten. Selbst Teile des Mittelstandes können sich Wohneigentum in Ballungsgebieten inzwischen nicht mehr leisten. Ungeregelte Zuwanderung und Nullzinspolitik verschärfen die Situation am Wohnungsmarkt dramatisch. Zu viele Bürger leben unter schlechten Wohnbedingungen und/oder sind durch Mieten finanziell stark belastet.

Die etablierte Politik reagiert mit Verzweiflungstaten wie Mietpreisbremsen, Mietendeckel und Fremdnutzungsverboten, welche sich allesamt als untauglich erweisen. Sie verschlimmern entweder mit Rückpralleffekten die Situation noch weiter oder würgen Investitionen in Modernisierung und Neubau ab. Auch Bundes- und Landes-Fördergelder allein lösen das Problem nicht, da die Kommunen und Investoren kaum noch Bauland zur Verfügung

haben und mit einer über Jahrzehnte gewachsenen und mit Klima- und Energiesparauflagen sowie aufgeblähten Beteiligungsverfahren völlig überfrachteten Genehmigungs-Bürokratie kämpfen. Im Hinblick auf den Wohnungsbau kann dementsprechend von einem multiplen Politikversagen gesprochen werden. Einfache und generelle Lösungen für den Wohnungsmarkt gibt es allerdings nicht. Auch die notwendige konsequente Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern würde nur auf mittlere Sicht zur Problemlösung beitragen.

Vor diesem Hintergrund setzt sich die AfD für die Bildung überregionaler Baulandkommissionen ein, die im Zusammenspiel von Bund, Ländern, Kommunen, Regionalverbänden und Flächen-Eigentümern die Erschließung von Bauland vorantreiben. Die Genehmigungs-Bürokratie muss radikal vereinfacht und entschlackt und kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften gefördert bzw. neu gegründet werden. Kommunal verfügbare Flächen sollen vorrangig im Verfahren der Konzeptvergabe unter Beachtung städteplanerischer und sozialer Aspekte und des sozialen Wohnungsbaus vergeben werden. Mit dem Kauf von Belegungsrechten sind weitere Sozialwohnungen zu schaffen.

Eine Erhöhung von Wohngeldzuschüssen kann eine kurzfristige Lösung für Betroffene darstellen, wird sich aber langfristig am Wohnungsmarkt einpreisen. Mittelfristig bieten vor allem der Neubau von preiswertem Wohnraum bzw. eine intelligente Dorfflurneuordnung und Sanierung von Dorfkernen erfolgversprechende Lösungsansätze. Durch eine umfassende Stärkung des ländlichen Raums kann der Druck auf den Wohnungsmarkt in den Ballungsgebieten reduziert werden.

Eine Möglichkeit der steuerlichen Abschreibung für selbstgenutztes Wohneigentum könnte Kapital für den Wohnungsbau mobilisieren und die Eigentumsquote erhöhen. Dies wäre aus unserer Sicht nicht zuletzt deshalb begrüßenswert, weil wir den privaten Immobilienerwerb als einen sehr wichtigen Baustein der Vermögensbildung betrachten.

18.10 Inklusiver Sozialräume schaffen, Barrieren abbauen

Die AfD unterstützt die Schaffung inklusiver Sozialräume vor Ort, in denen Bürger, soziale Dienstleister, Unternehmen und die öffentliche Hand gemeinsam darauf hinwirken, dass Menschen mit Behinderung selbstverständlich und selbstbestimmt am Arbeits- und Sozialleben teilhaben können.

Eine Inklusion mit Augenmaß wird vor allem in solchen Kommunen gelingen, in denen Menschen mit Behinderungen selbst als Beauftragte und Projektleiter zu Fragen der Inklusion fungieren. Die AfD unterstützt deshalb die dauerhafte Finanzierung von Inklusionsprojekten und Inklusions-beauftragten auf kommunaler Ebene. Barrierefreiheit darf auf längere Sicht keine unterfinanzierte, freiwillige Aufgabe der Kommunen bleiben. Beim Zugang zu Bildungs- und Sozialeinrichtungen, Behörden, Arztpraxen und nicht zuletzt öffentlichen Verkehrsmitteln muss die Barrierefreiheit zur kommunalen Pflichtaufgabe werden.

Aus unserer Sicht bleiben die Behindertenwerkstätten der zentrale Ort, an dem Menschen mit Behinderungen Teilhabe und ein erweitertes soziales Umfeld ermöglicht werden. Die Inklusion in den ersten Arbeitsmarkt wollen wir durch eine erweiterte Förderung von Inklusionsfirmen und -abteilungen stärken. Zudem setzen wir uns für mehr behindertengerechte Arbeitsplätze in der öffentlichen

Verwaltung ein. Eine Durchgängigkeit sämtlicher Hilfen und Angebote soll eine lebenslange Teilhabe behinderter Menschen gewährleisten.

19. Haushalt und Finanzen

19.1 Politik für langfristig ausgeglichene Haushalte

Die AfD steht für einen verantwortungsbewussten Umgang mit dem Geld der Bürger. Sie befürwortet die planmäßige Rückführung der ausgeferten staatlichen Verschuldung und den konsequenten Verzicht auf neue Schulden. Es ist unsolidarisch und ungerecht, nachfolgenden Generationen die Folgen unserer kurzsichtigen Schuldenpolitik aufzuerlegen.

Um langfristig einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, braucht es enorme Anstrengungen und vor allem Verzicht. Gerade vor dem Hintergrund der aktuell schwierigen wirtschaftlichen Situation sind alle Ausgaben kritisch zu hinterfragen und in Zusammenarbeit mit dem Landesrechnungshof und dem Bund der Steuerzahler neu zu bewerten.

Durch Kürzungen im Bereich der Flüchtlings- und Integrationspolitik sowie das Streichen nicht notwendiger institutioneller und projektbezogener Fördermaßnahmen ergeben sich im Landeshaushalt erhebliche Einsparpotentiale. Weitere Kosten ließen sich durch eine Verringerung bürokratischer Apparate einsparen. So könnte beispielsweise die Anzahl der Ministerien reduziert werden.

19.2 Keine Erhöhung von Steuern und Abgaben – Grunderwerbsteuer senken

Die AfD lehnt die Erhöhung von Steuern und Abgaben grundsätzlich ab. Das Land soll – jenseits notwendiger Zukunftsinvestitionen – seine Einsparpotentiale nutzen und sich um eine Verringerung der Sollseite bemühen, anstatt permanent die Anhebung der Habenseite zu betreiben.

Um die Bürger zu entlasten und die Altersvorsorge durch die Bildung von Wohneigentum zu begünstigen, fordern wir eine Senkung der Grunderwerbsteuer. Darüber hinaus wollen wir bei dieser Steuer einen Freibetrag von 60.000 Euro pro Kind einführen, damit es Familien erleichtert wird, eine selbstgenutzte Immobilie zu erwerben.

Die Straßenausbaubeiträge sollen vollständig abgeschafft werden, denn sie sind mit einem hohen bürokratischen Aufwand und zum Teil existenzbedrohenden Kosten für die betroffenen Bürger verbunden. Zum Ausgleich für die durch die Abschaffung wegfallenden Einnahmen müssen die Kommunen eine einfach gestaltete finanzielle Kompensation vom Land erhalten.

19.3 Kommunen finanziell besser stellen

Die Verschuldung der saarländischen Kommunen ist im Corona-Jahr 2020 zwar gesunken. Mit 3.154 Euro je Einwohner lag die Gesamtverschuldung 12,1 Prozent niedriger als noch im Vorjahr. Trotzdem liegt das Saarland weiter deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 1.722 Euro pro Einwohner.

Eine nachhaltige Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung muss daher unbedingt in Angriff genommen werden.

Hierbei sind insbesondere Nachbesserungen innerhalb des Finanzausgleichs vorzusehen. Um die drückenden Altlasten vieler Städte und Gemeinden zu beseitigen, fordern wir außerdem eine Fortführung des kommunalen Schutzschirms des Bundes bis 2022. Zudem sollten Bund und Land ein Infrastrukturförderprogramm für die Städte und Gemeinden auflegen, mit dem etwa der Sanierungsstau in den unterschiedlichsten kommunalen Liegenschaften aufgelöst oder in die Verkehrswende investiert werden könnte. Dabei ist sicherzustellen, dass die betroffenen Kommunen die Einhaltung des vorgegebenen Konsolidierungspfades jährlich nachweisen.

Die negative Entwicklung der kommunalen Finanzen ist häufig begleitet durch unzureichende Investitionen. Während bundesweit die Investitionen wuchsen und 2020 ein neues Rekordhoch erreichten, mussten im Saarland als einzigem Land die Kommunen einen deutlichen Rückgang der Investitionen hinnehmen. Im Ländervergleich liegen sie bei den Investitionen je Einwohner weiterhin abgeschlagen auf dem letzten Platz. Um den Investitionsstau abzubauen und die Kommunen zukunftsfähig zu machen, muss die Investitionstätigkeit auf kommunaler Ebene besser unterstützt werden.

Anke Rehlingers Parteifreund Olaf Scholz kündigte vor der Bundestagswahl 2021 einen Altschuldenschnitt für hochverschuldete Kommunen an, um gleiche Lebensbedingungen in ganz Deutschland zu ermöglichen. Nach seiner Wahl zum Bundeskanzler hat er sich nicht mehr zu dem Thema geäußert. Es ist höchste Zeit, ihn an sein Wahlversprechen zu erinnern.

19.4 Grundsteuer: Flächenmodell einführen

Ziel der Grundsteuer ist es, den tatsächlichen Wert einer Immobilie zu erfassen und in Abhängigkeit davon die Steuerlast festzusetzen. Hierzu müssen die Werte von Grund und Boden sowie von Gebäuden anhand vereinfachter Verfahren ermittelt werden.

Allerdings ist es mit hohem Aufwand und enormen Kosten verbunden, in regelmäßigen Abständen eine solche Hauptfeststellung durchzuführen. Die AfD fordert daher die Abkehr von diesem Verfahren zugunsten des auch vom Bund der Steuerzahler favorisierten Flächenmodells. Hierbei wird die steuerliche Bemessungsgrundlage durch die Multiplikation der Fläche von Grundstück und Gebäude ermittelt. Bei einem solchen Flächenmodell sind sowohl der erstmalige Einführungsaufwand als auch der laufende bürokratische und finanzielle Aufwand erheblich geringer und die Kosten damit niedriger – sowohl für die Bürger als auch für die Verwaltung.

19.5 Investitionen des Landes erhöhen

Die Investitionsquote im Saarland bleibt weit hinter der anderer Bundesländer zurück. Insbesondere bei öffentlichen Investitionen ist ein erheblicher Nachholbedarf gegeben. Seit rund einem Jahrzehnt sind die Nettoinvestitionen des Staates so gering, dass das Land seine Substanz aufzehrt. Die erforderliche Konsolidierung der Landesfinanzen darf daher nicht zu Lasten zukunftsgestaltender Investitionstätigkeit gehen. Sowohl im Bereich der Verkehrsinfrastruktur als auch in den Bereichen Investitionsförderung für Krankenhäuser und der Bildungsinfrastruktur sind dringend mehr finanzielle Mittel

notwendig.

19.6 Bargeld bewahren

Bargeldnutzung ist ein bürgerliches Freiheitsrecht. Entgegen anders gerichteter Bestrebungen der Bundesregierung, des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Europäischen Zentralbank (EZB) und einiger EU-Mitgliedsstaaten treten wir entschieden dafür ein, das Bargeld uneingeschränkt als gesetzliches Zahlungsmittel zu erhalten. Mit einem freiheitlichen Rechtsstaat sind die mit einem ausschließlich elektronischen Zahlungsverkehr verbundenen Kontrollmöglichkeiten nicht vereinbar. Darüber hinaus macht rein elektronisches Geld Bürger und Wirtschaft davon abhängig, dass die für die Zahlungsvorgänge notwendigen Datenverarbeitungssysteme nicht ausfallen.